MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943
146 (1935)

233 (22.5.1935) Abend-Ausgabe A

urn:nbn:de:bsz:mh40-385252

Einzelpreis 10 Pf.

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Erscheinungsweise: Täglich 2mal außer Sonntag. Bezugspreise: Frei Haus monatlich 2.08 Mk. und 62 Pfg. Trägerlohn, in unseren Geschäftsstellen abgeholt 2.25 Mk., durch die Post 2.70 Mk. einschl. 48 Pfg. Postbef.-Geb. Hierzu 72 Pfg. Bestellgeld. Abholstellen: Waldhofstr. 12, Kronprinzenstr. 42, Schwetzinger Str. 44, Meerfeldstr. 13, Ne Fischerstr. 1, Fe Hauptstr. 55, W Oppauer Str. 8, Se Luisenstr. 1. Abbestellungen müssen bis spätest. 25. f. d. folgend. Monat erfolgen.

Verlag, Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: R 1, 4-6. Fernsprecher: Sammel-Nummer 24951
Postscheck-Konto: Karlsruhe Nummer 17590 — Drahtanschrift: Nemazeit Mannheim

Anzeigenpreise: 22 mm breite Millimeterzeile 9 Pfennig, 79 mm breite Textmillimeterzeile 50 Pfennig. Für im voraus zu bezahlende Familien- und Gelegenheitsanzeigen besondere Preise. Allgemein gültig ist die Anzeigen-Preisliste Nr. 4. Bei Zwangsvergleichen oder Konkursen wird keinerlei Nachlaß gewährt. Keine Gewähr für Anzeigen in bestimmten Ausgaben, an besonderen Plätzen und für fernmündlich erteilte Aufträge. Gerichtsstand Mannheim.

Abend-Ausgabe A — Mittwoch, 22. Mai 1935 — 146. Jahrgang — Nr. 233

Der Widerhall der Führer-Rede im Ausland

Was sagt die Pariser Presse?

Meldung des DNB.

— Paris, 22. Mai.

Die mit Spannung erwartete Reichstagsrede des Führers wird von der Pariser Morgenpresse in größter Aufmachung wiedergegeben. Die Blätter widmen den Ausführungen Adolf Hitlers fast eine ganze Seite. Im ganzen genommen finden die Erklärungen des Führers vorläufig noch eine sehr zurückhaltende Aufnahme. Wie man dies von der französischen Presse kaum anders erwarten durfte, machen eine Reihe von Blättern ihm auch heute wieder den Vorwurf, nur wenig Neues gesagt zu haben, obgleich sie zugeben müssen, daß seine Ausführungen über den Kommunismus, seine Kritik an der Haltung Litauens und schließlich seine aufklärenden Angaben über die Flottenpolitik nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig ließen. Man unterstreicht ferner die Versicherung des Reichskanzlers, daß Deutschland nichts sehnlicher wünsche, als mit Frankreich einen dauerhaften Frieden herzustellen.

Der Außenpolitiker des „Echo de Paris", Pertinax, behauptet, der Führer versuche, durch Vorschläge in die Reihe der dem Frieden ergebenen Völker Verwirrung zu tragen. (!)

Die interessantesten Stellen aus den Ausführungen des Reichskanzlers beziehen sich nach Ansicht des Blattes auf die Flottenpolitik, weil der Führer damit die Zweifel aus der Welt geschafft habe, die über die beabsichtigte Flottenstärke Deutschlands bestanden hätten. Das deutsche Problem bleibe jedenfalls auch nach seiner Rede vollauf bestehen und das hauptsächlichste Verdienst des Problems sei das, daß es die Unterzeichnung des französisch-russischen Beistandspaktes rechtfertige.

Der Berliner Sonderberichterstatter des „Journal" beschränkt sich auf die Feststellung, daß es in den Ausführungen des Reichskanzlers, von denen Europa eine allgemeine Beruhigung erwartete, wenig Neues gebe.

„Oeuvre" enthält sich vorläufig noch einer eingehenden Kommentierung und erklärt lediglich, der Führer habe zwar seine friedfertigen Erklärungen wiederholt, knüpfe aber an eine Beteiligung Deutschlands an einer internationalen Zusammenarbeit neue Bedingungen und lehne ein Sicherheitssystem ab, das auf gegenseitigem Beistand aufgebaut sei.

Im „Petit Journal" weist der Berliner Berichterstatter ebenfalls auf die Kritik des Führers am Kommunismus hin, stellt aber gleichzeitig fest, daß seine Rede zahlreiche vom deutschen Standpunkt aus nützliche Vorschläge enthalte. Besondere Beachtung verdiene jedoch sein konkreter Vorschlag über die Abrüstung und die feierliche Versicherung bezüglich des Locarnovertrages und besonders der entmilitarisierten Rheinlandzone. Die Versicherung, daß Deutschland nicht daran denke, die territorialen Klauseln des Versailler Vertrages gewaltsam umzustoßen, müsse mit Genugtuung aufgenommen werden. Die 13 Punkte des Reichskanzlers können jedenfalls zu — allerdings heiklen Verhandlungen führen.

Der halbamtliche „Petit Parisien"

faßt sein Urteil folgendermaßen zusammen: Die Rede enthält eher die erneute Versicherung des deutschen Willens auf Gleichberechtigung, eine Kritik am Versailler Vertrag und an der europäischen Politik zur Organisierung des Friedens, gegen die der Reichskanzler sich besonders heftig zeigt — und ganz besonders gegen den französisch-russischen Pakt — als neue Gedankengänge.

Die Rede, so schreibt das Blatt, sei geschickt, verwirrt, widerspruchsvoll und gebieterisch zugleich.

Geschickt, weil sie Aufzeichnungen enthalte, die dem Versuch dienten, die deutsche Aufrüstung als eine erzwungene Folge der Haltung der übrigen Mächte hinzustellen, verwirrt, weil die einzelnen behandelten Fragen ineinander übergingen, ohne daß man immer ein klares Bindeglied feststellen könne, widerspruchsvoll, weil der Führer auf der einen Seite die friedliche Absicht erkläre und auf der anderen Seite das System regionaler Abkommen kritisiere, das geeignet sei, diese Absicht zu begünstigen, gebieterisch, weil er ganz besonders gegen den französisch-russischen Beistandspakt eine äußerst scharfe Haltung eingenommen habe.

Die „Victoire" gibt der Rede des Führers die Ueberschrift „Eine große Anstrengung zugunsten des europäischen Friedens", nimmt aber vorläufig von einer eingehenden Stellungnahme Abstand.

Die kommunistische „Humanité" ist natürlich wutentbrannt und erklärt, die Rede des Führers sei eine wahre Kriegserklärung an den Kommunismus und an Sowjetrußland.

Im „Figaro" nimmt Wladimir d'Ormesson zu den Ausführungen des Führers ausführlich Stellung. Er gibt zu, daß diese Ausführungen in ihrer Gesamtheit günstig aufgenommen würden. Aus den 13 Punkten ergebe sich der Eindruck, daß man nunmehr in einen Zeitabschnitt der Entspannung und Verhandlungen eintreten werde.

Besonders der letzte Teil der Erklärungen deute auf den Wunsch nach einer Befriedung und Verständigung hin. Er sei sehr geschickt abgefaßt und sinnreich durch das, was er sage, was er durchblicken lasse und was er schließlich nicht sage. Die Wilhelmstraße habe unbedingt den dreifachen Wunsch gehabt, England ein Höchstmaß an Garantien zu geben, sich nur vorsichtig auf das Gebiet der Pakte vorzuwagen und trotzdem die Tür für Verhandlungen offen zu lassen. Besonders der Hinweis darauf, daß eine Verständigung nur schrittweise vollzogen werden könne, indem man das Ziel nicht aus dem Auge verlieren dürfe, zeuge von bestem politischen Geist. Was jedoch die Abrüstungsvorschläge angehe, so müsse man sie mit größter Aufmerksamkeit prüfen, denn hierbei handele es sich

um ein Manöver, das darauf hinausgehe, die Abschaffung der Waffen vorzuschlagen, über die Deutschland augenblicklich gar nicht oder nur in geringem Umfange verfüge.

Der „Excelsior" zeigt sich mit den Erklärungen des Führers nicht zufrieden. Sie enthalten, so meint das Blatt, vor allem nichts Positives. Der Reichskanzler sei Frankreich zwar entgegengekommen, aber man müsse sich fragen, ob man hierin nicht den Versuch erblicken müsse, es von Sowjetrußland loszulösen. Man müsse jedenfalls ein großer Optimist sein, wollte man in den Ausführungen des Führers eine Entwicklung Deutschlands zu einer Politik der kollektiven Organisierung des Friedens und der Sicherheit im Rahmen des Völkerbundes erblicken. Dies sei um so weniger der Fall, als die Reichsregierung gleichzeitig das Militärdienstgesetz bekanntgegeben habe, das auf einer einjährigen aktiven Dienstzeit beruhe.

Der „Populaire" schreibt u. a., die beruhigenden Erklärungen seien wertlos, wenn Deutschland sich nicht einem System der Organisierung des Friedens anschließe, dessen Mittelpunkt in Genf liegen müsse und dessen Garanten und Nutznießer alle europäischen Staaten sein müßten.

Die radikalsozialistische „Republique" bezeichnet die Rede des Führers in ihrer Gesamtheit als enttäuschend, weil sie nebeneinander Kritiken an der Politik der anderen Mächte, Betonung des Friedenswillens, militärische Forderungen und vorläufig noch recht weitläufige Paktvorschläge enthalte. Trotzdem seien seine Ausführungen aber nicht vollkommen negativ. Wenn Frankreich in Zukunft eine klare Politik verfolge, so bestehe vielleicht noch die Aussicht, Deutschland **eines Tages** die Wahl treffen zu lassen, **die zu treffen es gestern** noch nicht gewagt habe.

(Weitere Meldungen hierzu siehe Seite 2.)

Zum neuen Wehrgesetz

Allgemein interessierende Mitteilungen durch den Leiter des Wehrmachtsamtes des Reichskriegsministeriums

Meldung des D.N.B.

— Berlin, 22. Mai.

Der Leiter des Wehrmachtamtes im Reichskriegsministerium, General von Reichenau, gab heute der deutschen Presse in grundlegenden Ausführungen den Inhalt des neuen Wehrgesetzes bekannt.

Er führte u. a. aus: Das neue Wehrgesetz wurzelt tief in dem Grunde besten und stärksten deutschen Geistes, der vor mehr als 100 Jahren einem geknechteten Volk die Freiheit wiedergegeben hat. Es ist aber auch befruchtet von der Kraft des Nationalsozialismus, der das heutige Deutschland geschaffen hat. Es ist nationalsozialistisch in seinem Geist und in seinen Forderungen, in seinen Rechten und in seinen Pflichten, denn es stellt die Pflicht, dem Volksganzen zu dienen und in ihm aufzugehen, vor das Recht, als Einzelperson in unserem Volk anerkannt und geschätzt zu werden. Es stellt aber auch das Recht jedes wehrwürdigen und wehrfähigen Mannes fest, seinem Volke mit der Waffe zu dienen, und macht die Stärke der Wehrmacht nicht abhängig von Parlament und Mehrheitsbeschlüssen. Es kennt keine Standesvorrechte und keine Bildungsprivilegien, nur Charakter und Leistung werden den Weg des Soldaten bestimmen.

Trotz Versailler Vertrag, trotz innenpolitischer Hemmungen, ist es der Zielklarheit, dem Idealismus und der Beharrlichkeit der verantwortlichen Führer gelungen, das soldatische Erbe unserer großen Vergangenheit zu bewahren. Sie haben, um ein Wort des Generaloberst von Seeckt zu zitieren, mit heißem Herzen, aber kühlem Verstand geholfen, den 16. März 1935 vorzubereiten.

Das Wehrgesetz gliedert sich in fünf Abschnitte:

Abschnitt I: Allgemeines.

Abschnitt II umfaßt die Bestimmungen über Wehrpflicht und Wehrdienst.

Abschnitt III über Pflichten und Rechte der Angehörigen der Wehrmacht.

Abschnitt IV und V Uebergangs- und Schlußvorschriften.

Im Abschnitt I bringt § 1 die Leitsätze der allgemeinen Wehrpflicht:

„Wehrdienst ist Ehrendienst am deutschen Volk. Jeder deutsche Mann ist wehrpflichtig. Im Kriege ist über die Wehrpflicht hinaus jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau zur Dienstleistung für das Vaterland verpflichtet."

Die Dauer der Wehrpflicht ist vom 18. bis zum 45. Lebensjahr festgelegt. Der Reichskriegsminister kann diese Dauer im Kriege und bei besonderen Notständen erweitern. Diese Festlegungen stellen keineswegs eine Ueberspannung der Wehrpflicht dar.

In allen europäischen Staaten mit allgemeiner Wehrpflicht sind etwa die gleichen Altersgrenzen festgelegt, häufig sogar noch darüber hinausgehend, wie in Frankreich und in Rußland.

Die Wehrpflicht wird durch den Wehrdienst erfüllt, der aktiv in der Wehrmacht oder im Beurlaubtenstande geleistet wird. Die Unterteilung des Beurlaubtenstandes ist derjenigen der Vorkriegszeit angeglichen, wie überhaupt auf bewährten Einrichtungen und Erfahrungen aufgebaut worden ist.

Der Mann tritt nach Erfüllung der aktiven Dienstpflicht zur Reserve über, der er bis zum 35. Lebensjahr angehört. Zwischen dem 35. und 45. Lebensjahr gehört er der Landwehr an; die Jahrgänge über 45 Jahre, die im Kriege oder bei besonderen Notständen einberufen werden können, bilden den Landsturm. Zur Ersatzreserve gehören die Wehrpflichtigen, die nicht zur Erfüllung der aktiven Dienstpflicht einberufen werden. Auch die Ersatzreservisten treten mit Vollendung des 35. Lebensjahres zur Landwehr über.

Die Dauer der aktiven Dienstpflicht wird durch den Führer und Reichskanzler festgesetzt. Es ist bereits verfügt, daß sie — für alle Wehrmachtteile gleich — ein Jahr beträgt. Neben den langdienenden Unteroffizieren können Freiwillige im Heer auf ein weiteres Jahr, in Kriegsmarine und Luftwaffe auf insgesamt vier Jahre verpflichtet werden. Das Flottenpersonal der Kriegsmarine und die Fliegertruppe wird sich ausschließlich aus längerdienenden Freiwilligen ergänzen.

Die Erfüllung der Arbeitsdienstpflicht ist eine Voraussetzung für den aktiven Wehrdienst. Für das Jahr 1935 kann diese Voraussetzung allerdings noch nicht gefordert werden, da die Arbeitsdienstpflicht noch nicht gesetzlich festgelegt ist.

Gewisse Ausnahmen werden für die Uebergangszeit und auch auf weitere Sicht notwendig bleiben.

Die Wehrpflichtigen werden durch die Ersatzdienststellen der Wehrmacht erfaßt. Die näheren Ausführungsbestimmungen hierüber, auch über Wehrtauglichkeit, Zurückstellung und Wehrüberwachung wird die deutsche Wehrordnung enthalten, deren erster Teil als „Vorläufige Musterungsanweisung für 1935" noch in dieser Woche veröffentlicht werden soll.

Die Ersatzorganisation der Wehrmacht gliedert sich in Wehrersatzinspektionen und Wehrbezirkskommandos, die in die zehn Wehrkreise eingeordnet sind. Es sind insgesamt 24 Wehrersatzinspektionen und 223 Wehrbezirkskommandos. In der entmilitarisierten Zone sind Ersatzdienststellen der Wehrmacht nicht eingesetzt, dort werden die Wehrpflichtigen durch die Zivilbehörden erfaßt.

Die in § 15 enthaltenen Vorschriften über

Die Stellung der Nichtarier

sind nach Grundsätzen entstanden, die der Führer und Reichskanzler aufgestellt hat. Arische Abstammung ist grundsätzlich eine Voraussetzung für den Wehrdienst, doch können Ausnahmen zugelassen werden, die durch Prüfungsausschüsse entschieden werden. Diese Prüfungsausschüsse sollen bei den Wehrersatzinspektionen durch den Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Reichskriegsminister eingerichtet werden, ebenso werden die Richtlinien für die Prüfungsausschüsse von den beiden genannten Ministern ausgearbeitet. Die Richtlinien werden dahin gehen, daß solche Nichtarier und Personen, die mit Frauen nichtarischer Abkunft verheiratet sind, bei freiwilliger Meldung zum aktiven Wehrdienst zugelassen werden, die nach der Art ihrer bisherigen Betätigung, nach dem persönlichen Gesamteindruck und nach Prüfung der politischen Zuverlässigkeit für geeignet befunden werden.

Rein-rassige Juden werden zum aktiven Wehrdienst nicht herangezogen. Alle Nichtarier unterliegen der militärischen Meldepflicht und der Wehrüberwachung.

Die zum aktiven Wehrdienst zugelassenen Nichtarier gelangen nicht in Vorgesetztenstellungen. Für den Kriegsfall wird eine besondere Regelung dieser schwierigen Frage eintreten müssen, die der Führer und Reichskanzler sich noch vorbehalten hat.

Soldaten dürfen sich nach § 26 nicht politisch betätigen. Dieser Grundsatz ist alt und bewährt. Es ist klar, daß während der kurzen Dienstzeit der Soldat seine körperliche und geistige Kraft auf die Ausbildung mit der Waffe lenken muß, daß er nur einer Befehlsgewalt, der der Wehrmacht, unterstehen kann. Infolgedessen ruht auch für alle Soldaten die Zugehörigkeit zur NSDAP, einer ihrer Gliederungen oder einem der ihr angeschlossenen Verbände für die Dauer des aktiven Wehrdienstes. Desgleichen ruht das Recht zum Wählen und zur Teilnahme an Abstimmungen.

Die Gebührnisse der Soldaten werden durch das Reichsbesoldungsgesetz geregelt. Besonders dringlich ist eine Sicherungsvorschrift gehalten, die verhindern soll, daß dem einzelnen Wehrpflichtigen nach Ableistung seines aktiven Wehrdienstes Nachteile in seinem Beruf entstehen. Ebenso ist für freiwillig länger dienende Soldaten eine Versorgung vorgesehen, die eingehend in einem besonderen Gesetz, dem Wehrmachtversorgungsgesetz, behandelt werden wird.

Nach ehrenvollem Dienst von 12 Jahren können Angehörige der Wehrmacht mit dem Recht zum Tragen der Uniform eines Wehrmachtteiles verabschiedet werden.

Bei Bewährung und Eignung können Unteroffiziere und Mannschaften, die nach ehrenvollem Dienst aus dem aktiven Wehrdienst ausscheiden, zu Offizieren des Beurlaubtenstandes überführt werden.

Ich darf mir noch einige kurze Ausführungen zu der Frage erlauben,

wie sich die allgemeine Wehrpflicht im Jahre 1935 zunächst auswirken wird. Im Jahre 1935 werden die Geburtsjahrgänge 1914 und 1915 gemustert und der Jahrgang 1914 zur Erfüllung der aktiven Dienstpflicht ausgehoben. Der Jahrgang 1915 steht nach der Musterung zunächst zur Ableistung des Arbeitsdienstes zur Verfügung.

Die Dienstpflichtigen dieser beiden Jahrgänge sind bereits durch die Behörden der allgemeinen und inneren Verwaltung in Personalblättern erfaßt. Die Musterung beginnt im Juni, die Aushebung findet im Herbst 1935 statt. Die Ausgehobenen werden beim Heer und der Luftwaffe zum 1. November 1935 eingezogen. Die Kriegsmarine hat verschiedene Einstellungstermine, die sich je nach der Verwendung im Flotten- oder Küstendienst über das ganze Jahr verteilen. Für Ostpreußen wird außerdem noch der Geburtsjahrgang 1910 zur Erfüllung der aktiven Dienstpflicht gemustert und ausgehoben. Die vorläufige Anweisung für die Musterung und Aushebung 1935 wird, wie schon erwähnt, in Kürze im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden.

Die Wehrpflichtigen aus den Jahrgängen 1913 bis 1910 können auf Grund freiwilliger Meldung zur Ableistung des aktiven Dienstpflicht eingestellt werden.

Eine Musterung und Aushebung dieser Jahrgänge und der noch älteren kann vorläufig noch nicht erfolgen, da die Unterlagen hierzu erst geschaffen werden müssen. Sie werden nicht mehr für die Ableistung der aktiven Dienstpflicht, sondern nur zu einer kurzen Ersatzreserveausbildung herangezogen werden.

Gesuche um freiwilligen Eintritt in die Wehrmacht können nur bis zum 1. Juli dieses Jahres angenommen werden, da mit Beginn der Musterung die Freiwilligeneinstellung beendet sein muß.

Es wird gebeten, alle Anfragen an das zuständige Wehrbezirkskommando zu richten. Wer nicht weiß, welches Wehrbezirkskommando für seinen Wohnort zuständig ist, erhält Auskunft bei der Ortspolizeibehörde.

MARCHIVUM

Neue englische Pressestimmen

Meldung des DNB.

— London, 22. Mai.

„Morning Post“ hebt zwei wichtige Erklärungen hervor, die in Hitlers Rede enthalten seien, nämlich die Ankündigung, daß Deutschlands Aufrüstungsprogramm endgültig und unwiderruflich sei, und die Erklärung, daß Deutschland bereit sei, gewisse Waffenarten abzuschaffen bzw. ihre Größe einzuschränken, Angriffe auf die Zivilbevölkerung für ungesetzlich zu erklären und ein Wettrüsten durch Vereinbarungen zu begrenzen. Diese letzteren Vorschläge seien sicher ein förderlicher Beitrag zur Befriedung und würden sich wohl als weiterer Prüfung wert erweisen. Es sei auch beruhigend, zu erfahren, daß Deutschland nicht beabsichtige, sich mit England in ein Wettrüsten zur See einzulassen, obwohl es fraglich sei, ob die 35 v. H. der für Deutschland geforderten Flottenstärke angesichts der auf die ganze Welt verteilten Verpflichtungen Großbritanniens nicht bereits einen Wettbewerb bedeuteten. Andererseits zwinge das deutsche Luftprogramm England, sofortige Gleichheit mit einer Nation herzustellen, die vor einigen Monaten amtlich noch kein einziges Flugzeug besessen habe. Im übrigen habe die Rede Hitlers wenig Neues gebracht.

„Daily Mail“ spricht von einer leidenschaftlichen Befürwortung des Friedens, einem Aufruf an die Nationen, auf den diese in gleichem Geiste antworten sollten. Die besorgt erwartete Rede sei der Gelegenheit würdig gewesen und werde vielleicht eine Episode in der Geschichte bezeichnen.

Hitler werde Erleichterung und Hoffnung bringen. Da Deutschland bereit zur Mitarbeit für die Sache des Friedens sei, sollte ihm auf halbem Wege entgegengekommen werden. England strebe danach, in freundschaftlichsten Beziehungen mit Deutschland zu leben, ohne alte Freunde und ehemalige Alliierte preiszugeben. Bei allen Verhandlungen sollte die britische Regierung ihr möglichstes tun, um Deutschlands berechtigte Wünsche zu erfüllen. Das Blatt geht dann zu einer Würdigung der Persönlichkeit des Führers über, der seinen Ruhm durch Leistungen erworben habe, die von keinem modernen Staatsmann oder Führer übertroffen worden seien.

„Daily Expreß“ wagt es, die Aufrichtigkeit des Führers anzuzweifeln.

Das Blatt sagt u. a., die Rede Hitlers sei ausgesprochen freundlich gegenüber England gewesen. Wenn er alles das meine, was er sage, sei die Rede groß und bedeutungsvoll. Die Welt solle Hitler die Möglichkeit geben, seine Friedfertigkeit zu beweisen.

„Financial News“ schreibt, die Rede sei fest und würdig gewesen. Trotzdem habe sie nichts wirklich Greifbares enthalten und lasse die Lage im wesentlichen unklar.

Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ sagt in einem Leitartikel, die Antwort Großbritanniens auf die Rede Hitlers dürfe keinesfalls in der bloßen Erklärung bestehen, daß möglichst schleunigst eine stärkere Luftflotte gebaut werden müsse. Hitlers Rede bedürfe sorgfältiger Prüfung. Ihr Ton und Inhalt und ihre Hauptgedanken seien klar genug. Keinesfalls könnten sie so hingestellt werden, als ob diese Gedanken nicht diskutabel seien und keine Möglichkeit für eine Vereinbarung enthielten. Hitlers Beitrag zum Sicherheitsproblem sei alles andere als unbedeutend. Er sei fraglos eine gute Grundlage, auf der die Verhandlungen wieder aufgenommen werden könnten.

Die schwache Stelle sei, wie erwartet, die, daß Hitler es unterlassen habe, der Sowjetunion die Hand entgegenzustrecken. Diese ernste Lücke müsse ausgefüllt werden, wenn es wirkliche Befriedung geben soll.

In der Frage der Abrüstung sei Hitler über die hoffnungsvollsten Voraussetzungen hinausgegangen; er habe eine Abrüstungskonvention dosiert, deren Abschluß als gewaltiger Erfolg der Abrüstungskonferenz begrüßt werden würde. Die Rede enthalte somit in allgemeinen Zügen ein Programm der Verhandlungen, das, wenn auch nicht alle Punkte mit dem englisch-französischen Kommuniqué vom Februar übereinstimmten, keineswegs sehr verschieden davon sei. Hitler habe grundsätzlich erst eine allgemeine Regelung aufgestellt; an den anderen Mächten und besonders an Großbritannien sei es nun, im gleichen Geiste zu antworten.

Im liberalen „News Chronicle“ heißt es, die Zurückweisung des Völkerbundes durch Hitler entspreche den Erwartungen. Sie mache die Lage weder besser noch schlimmer. Das Blatt spricht die Hauptpunkte der Rede durch, stellt die „lobenswerte Deutlichkeit“ der Ausführungen über die Rüstungsbegrenzung fest und sagt dann: „In ihrer Gesamtheit bilden diese Vorschläge ein Angebot, dessen Wichtigkeit gar nicht übertrieben werden kann. Manches darin mag ungewiß sein. Es mag negative und positive Fehler in dem Angriff auf Rußland geben, aber niemand, der diesen Vorschlag sorgfältig liest, kann bezweifeln, daß, wenn sie morgen ausgeführt werden würden, die Welt ein ganz anderes Gesicht zeigen würde als heute. Es handelt sich offenbar um ein ganz ehrliches Angebot. Es ist zu beachten, daß Hitler den Völkerbund als Werkzeug der von ihm angebotenen Zusammenarbeit nicht ausschließt. Die Oeffentlichkeit wird eine ehrliche Antwort darauf erwarten. Unseres Erachtens würde der einfachste Weg die Einberufung einer neuen europäischen Friedenskonferenz sein, die die Grundsteine des neuen europäischen Friedens zu legen haben würde.

Die Aufnahme der Führerrede in Polen

Meldung des DNB.

— Warschau, 22. Mai.

Die Rede des Führers und Reichskanzlers wird von der polnischen Presse in sehr langen Auszügen und stellenweise wörtlich wiedergegeben. Der Berliner Berichterstatter der „Gazeta Polska“ faßt den Gesamteindruck dahin zusammen, daß die Rede des Kanzlers ein wichtiges und inhaltvolles Dokument sei, mit dem deutschen Ziel, die Welt von der Friedfertigkeit der Politik des Dritten Reiches zu überzeugen. Der Kanzler habe öffentlich die Stellungnahme des Reiches zur Frage der Sicherheit und der Rüstungen formuliert. Indem er Litauen vorläufig aus zweiseitigen oder vielseitigen Nichtangriffspakten ausschloß, zu deren Unterzeichnung das Reich bereit ist, verurteile der Kanzler in schärfsten Worten den Kampf der Kownoer Regierung gegen die deutsche Bevölkerung im Memelgebiet. Vom polnischen Gesichtspunkt aus müsse man hervorheben, daß das Dritte Reich den gegenwärtigen territorialen Zustand Europas achten werde und daß das Ziel der deutschen Politik gegenüber Polen die Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen sei.

„Kurjer Poranny“ hebt besonders die Ehrung Pilsudskis durch den Reichstagspräsidenten hervor. Eine mittelbare Form der Ehrung für Pilsudski seien auch die Absätze der Kanzlerrede gewesen, die sich auf Polen bezogen. Den polnischen Führern habe besonders die Argumentation des Kanzlers bezüglich des Wesens der Kollektivpakte und der praktischen Durchführung der Abrüstung interessiert, die sich vollauf mit den seit langem festgelegten polnischen Thesen deckten. Die Rede des Kanzlers sei nicht nur oratorisch, sondern auch politisch ein großer Erfolg. Indem der Kanzler nämlich alle bisher errungenen Positionen der deutschen Außenpolitik aufrechterhalte, habe er gleichzeitig eine konstruktive Grundlage des praktischen Handelns zur Aufrechterhaltung des europäischen Friedens durch seine 13 Punkte gegeben.

Von den polnischen nationalistischen Blättern bringt „ABC“ bereits eine kurze Stellungnahme zur Kanzlerrede. Darin heißt es, in der Rüstungsfrage habe der Kanzler noch einmal die bekannten deutschen Beweisgründe wiederholt. Jedoch verdienten die starken freundlichen Wendungen in seiner Rede, besonders an die Adresse Frankreichs, Beachtung sowie das Offenlassen einer Tür zur weiteren Abrüstungsverhandlungen. Bezüglich des Ostpaktes habe die Rede die Möglichkeiten eines Kollektivpaktes ohne gegenseitige Hilfeleistung sehr kurz berührt, dagegen die Frage der gegenseitigen Hilfeleistung, die Deutschland schon seit langem als unannehmbar bezeichnet habe, sehr breit behandelt. Der Leitgedanke der Rede sei die Kritik des französisch-sowjetrussischen Paktes gewesen, als eines gegen Deutschland gerichteten Abkommens.

„Kurjer Warszawski“ sagt, die Kanzlerrede sei ein machtvolles und anscheinend offenes Bekenntnis Deutschlands gewesen. Der Hauptteil der Rede sei der Begründung der deutschen Wehrgesetze gewidmet gewesen. Der Kern dieser Ausführungen sei gewesen, daß nicht Deutschland den Versailler Vertrag gebrochen habe, sondern die anderen Mächte, die ihre Abrüstungsverpflichtungen nicht erfüllten. Gewaltigen Eindruck hätten dabei die Zitate der Erklärungen europäischer Staatsmänner wie Paul-Boncour, Henderson und Briand gemacht. Der Grundton der ganzen Rede sei ein gewaltiges Streben nach friedlicher Verständigung gewesen, und durch die ganze Rede ziehe sich die Zusicherung, daß Deutschland zu ehrlicher und friedlicher Zusammenarbeit bereit sei, wenn Europa die deutschen Rüstungen anerkenne.

Neuer Prozeß gegen Ordensschwestern

Zwei Augustinerinnen wegen Devisenverbrechen vor Gericht

Meldung des DNB.

— Berlin, 22. Mai.

Vor dem Berliner Schnellschöffengericht begann am Mittwoch der zweite Prozeß aus dem Gesamtkomplex der Devisenverbrechen katholischer Orden. Unter der Anklage des fortgesetzten Devisenverbrechens in fünf Fällen haben sich diesmal zwei Angehörige des Ordens der Augustinerinnen, die 56jährige Generaloberin Maria Menke, genannt Schwester Neophytia, und die 57jährige Generalschaffnerin Gertrud Dohm, genannt Schwester Englasia, zu verantworten. Die Hauptangeklagte Menke ist seit dem Jahre 1931 das alleinige Vorstandsmitglied der „Genossenschaft der Cellitinnen nach der Regel des Heiligen Augustinus in Köln E. V.“, während die Mitangeklagte Dohm seit 1929 für diese Genossenschaft unterschriftsberechtigt ist.

Die Vorgeschichte, die zu diesem Verfahren führte, deckt sich im wesentlichen mit den Feststellungen aus dem Prozeß, der in der vorigen Woche durchgeführt wurde. Es wurden zur Finanzierung eines Krankenhausbaues in Köln im Jahre 1929 bei der Inkassobank in Amsterdam zwei Anleihen zu je 1,2 Millionen Gulden, also etwa vier Millionen Reichsmark, mit 8 und 7 v. H. aufgenommen. Zur Beschaffung des Anleihekapitals gab die Inkassobank Obligationen aus. Im Jahre 1932 erteilte der Leiter der Universum-Bank, Dr. Hofius, der auch hier wieder eine Rolle spielt, den Rat, den niedrigen Kursstand der Anleiheobligationen zum Rückkauf auszunutzen. Obwohl ein solches Geschäft der Genossenschaft auf Grund des Anleihevertrages ausdrücklich verboten und außerdem auch genehmigungspflichtig war, wurde der Rückkauf der Obligationen trotzdem durchgeführt, und zwar illegal, da natürlich im Interesse der deutschen Volkswirtschaft mit einer Erteilung der Genehmigung nicht gerechnet werden konnte.

Die mit diesem Rückkauf zusammenhängenden Vorgänge bilden den Hauptteil der Anklage. Es wurden insgesamt Obligationen im Nennwert von 210 000 und ein Posten Universum-Bankaktien im Nennwert von 5000 holländischen Gulden für etwa 200 000 Reichsmark erworben.

Diese Summe wurde in Einzelbeträgen von 5000 bis 10 000 Mk. von verschiedenen Schwestern, die dabei unter dem Schutz ihrer Ordenskleidung auftraten, in Briefumschlägen heimlich über die belgische Grenze geschafft. Die Veranlassung zu diesen Schiebungen gab die Angeklagte Menke, während die Angeschuldigte Dohm Hilfe leistete.

Die angekauften Wertpapiere wurden in dem belgischen Kloster St. Vith niedergelegt. Dieser Effektenbestand der Genossenschaft im Auslande hätte der Reichsbank angeboten werden müssen. Aus dem Hauptdelikt, das jetzt zur Aburteilung steht, hat sich noch eine Reihe weiterer Straftaten ergeben.

Die Angeklagte Menke hat im Verlauf der Voruntersuchung ein volles Geständnis abgelegt und auch erklärt, daß sie sich der Tragweite ihrer Handlungen bewußt war. Auch die Mitangeklagte Dohm hat ihre Beteiligung zugegeben, will aber nicht in der Lage gewesen sein, die Folgen zu übersehen. Die beiden angeklagten Schwestern wurden in der Tracht ihres Ordens aus der Untersuchungshaft in den Verhandlungssaal geführt.

Die Kabinettskrise in Frankreich

Meldung des DNB.

— Paris, 22. Mai.

Der Außenminister Laval ist gestern abend schon wieder nach Genf abgereist, nachdem er nachmittags noch eine Unterredung mit dem italienischen und dem englischen Botschafter in Paris gehabt hatte. Seine übrigen Ministerkollegen hat er vor der Abreise nicht mehr besucht. Die politischen Kreise in Paris sind augenblicklich in leidenschaftlicher Diskussion darüber beschäftigt, die Erfolgsaussichten des Kabinetts Flandin für den bevorstehenden Wiederzusammentritt des Parlaments abzuschätzen. Die meisten Politiker neigen stark zum Pessimismus. Nur im Lager der radikalsozialen Partei Herriots hält man Flandin noch immer unbedingt die Stange. Die Radikalsozialen wissen genau genug, daß die Bildung einer Linksregierung etwa auf der Basis des alten Kartells nicht mehr möglich ist. Sie würden es also gern sehen, wenn alles beim alten bliebe. Insofern soll der Vorsitzende der Finanzkommission, Malvy, auch schon den Parteibefehl erhalten haben, bei der Beratung der neu notwendig gewordenen und viel umstrittenen Spargesetze der Regierung möglichst alle Schwierigkeiten zu ersparen. Aber diese neuen Finanzgesetze werden, wie heute halbamtlich bestätigt wird, erst nach den Pfingstfeiertagen fertiggestellt und dem Parlament vorgelegt werden. Bis dahin aber kann eine Regierungskrise schon längst ausgebrochen sein.

Die Vertreter der Rechtsparteien, namentlich Marin und Rollin, sollen mit der Amtsführung Flandins sehr unzufrieden sein. Die Abendzeitung „La Presse“ verzeichnet schon das Gerücht, daß die beiden Minister sich von ihren Parteien eine Aufforderung zum Austritt aus der Regierung Flandin bestellt haben.

Zu alledem kommt noch, daß die spekulativen Angriffe gegen die französische Währung weiter anhalten. Auch das große Publikum nimmt an der Pariser Börse weiter Angstkäufe, namentlich in englischen Devisen und in ausländischen Wertpapieren, vor. Die Flucht aus dem Franken dauert also an.

Stärkste Beachtung in Belgrad

Meldung des DNB.

— Belgrad, 22. Mai.

Die große Rede des Führers und Reichskanzlers findet in der Belgrader Morgenpresse stärkste Beachtung. „Politika“ und „Vreme“ veröffentlichen lange Auszüge, von der der in der „Politika“ eine ganze Seite überschreitet. Eine redaktionelle Stellungnahme steht noch aus, nur aus den Ueberschriften kann man die Auffassung der Blätter über die Ausführungen herauslesen. Beide Zeitungen heben hervor, daß der Führer neuerlich den Friedenswillen Deutschlands betont, aber dabei erklärt habe, daß Deutschland von der allgemeinen Wehrpflicht nicht abgehen könne.

Der Berliner Berichterstatter der „Politika“ führt weiter aus, daß die Rede Hitlers in rhetorischer Beziehung sicherlich eine der besten gewesen sei.

Verständnisvolle Urteile in Dänemark

Meldung des DNB.

— Kopenhagen, 22. Mai.

Groß war das Interesse in Dänemark für die gestrige Rede des Führers, und der dänische Rundfunk hat diesem Interesse entsprochen, indem er die Sitzung des Reichstages von Anfang bis Ende übertrug, so daß alle hören konnten, was der Führer und Kanzler des deutschen Volkes über die Außenpolitik Deutschlands zu sagen hatte. Unzählige hatten von dieser Gelegenheit Gebrauch gemacht. Die Kopenhagener Blätter stehen völlig im Zeichen der Rede, die als ein „glühender Appell an den Friedenswillen“ bezeichnet wird. Hervorgehoben wird u. a. die erneute Feststellung des Führers, daß Deutschland den Frieden w... und die internationale Zusammenarbeit keineswegs ablehnt, daß andererseits aber deutsches Blut niemals für fremde Interessen fließen soll.

In der Stellungnahme der demokratischen „Politiken“ heißt es u. a., Hitler habe viele wahre und vernünftige Worte gesprochen. Niemand, der seine Rede gehört habe, werde den ernsten Ton verkennen können, in dem der Kanzler den Appell an alle Staatsmänner und Völker Europas gerichtet habe, im gegenseitigen Verständnis einen Weg zur Festigung des Friedens und zur Verhinderung oder Begrenzung des furchtbaren Unglücks zu finden, den ein neuer Krieg für die Zivilbevölkerung mit sich bringen würde. Gespannt werde man nun die Antworten abwarten, zu denen diese bedeutungsvolle Rede sicher bald in allen Teilen der Welt Anlaß geben werde.

Der konservative „Dagens Nyheder“ meint, daß die Rede Realitäten enthalten habe, die ohne Zweifel in der nächsten Zeit Anlaß zu gründlichen Erwägungen geben würden. Hitler habe weder die Tür vor vernünftigen Verhandlungen geschlossen, noch habe er sich bereit erklärt, unter den Bedingungen der anderen zu verhandeln. Als voll auf berechtigt bezeichnet das Blatt die Forderung nach einer genauen Definition der Nichteinmischungsverträge und stellt fest, daß Hitler bezüglich der Waffenarten positive Abrüstungsvorschläge gemacht habe, die wohl den Ausgangspunkt von neuen Erörterungen bilden könnten.

Die konservative „Berlingske Tidende“ bezeichnet Hitlers Rede als Bekenntnis zum Frieden. Man warte auf Taten.

Erstmalige Uebertragung der Führerrede in Schweden

○ Stockholm, 22. Mai. (Funkmeldung der NMZ.) Mit welcher Spannung die Rede des Führers und Reichskanzlers auch hier erwartet wurde, zeigt am besten der Umstand, daß sie vom schwedischen Sender, was zum erstenmal der Fall war, übertragen wurde. Durchweg wird in den Blättern der nicht mehr anzuzweifelnde Friedenswille des Führers in den Vordergrund gestellt und die Erklärung, daß Deutschland Oesterreich weder zu annektieren noch sich in seine inneren Verhältnisse einzumischen gedenke, als besonders „positive Versicherung“ bewertet. Größerer Raum wird gleichfalls den Ausführungen über den Bolschewismus gegeben, und die Tatsache besonders hervorgehoben, daß Deutschland keine Gebietsforderungen an Frankreich geltend mache.

Das erste Echo aus Italien

Meldung des DNB.

— Rom, 22. Mai.

Die Reichstagsrede des Führers wird in der römischen Morgenpresse in mehrspaltigen Auszügen in großer Aufmachung wiedergegeben. Die 13 Punkte werden fast ungekürzt und in wörtlicher Uebersetzung veröffentlicht. Die Auszüge der Berliner Korrespondenten sind verhältnismäßig spät auf den Redaktionen eingetroffen. Kommentare fehlen schon aus diesem Grunde noch vollständig. In italienischen journalistischen Kreisen war die Aufnahme der Reichstagsrede, wie sich gesprächsweise auch mit ausländischen Journalisten in der vergangenen Nacht feststellen ließ, ruhig und der Eindruck „wegen des versöhnlichen Tones“ eher günstig; Kritik war nicht zu hören. Diese Gesamtstimmung ergibt sich auch aus der Aufmachung der Rede in der Presse. In seiner Ueberschrift hebt „Messaggero“ die „13 Punkte für die Organisierung des Friedens in Europa“ stark hervor und betont weiter besonders: „Die Bedingungen für die Rückkehr nach Genf: Trennung der Völkerbundssatzung vom Versailler Vertrag – Keine Kündigung der territorialen Klauseln und Achtung der entmilitarisierten Zone – Oesterreich und die Beziehungen mit Italien – Die Beschränkung der Rüstungen nach deutscher Auffassung.“

Der „Popolo di Roma“ betont in seiner Ueberschrift hauptsächlich die Bekräftigung des deutschen Friedenswillens.

Die norditalienischen Blätter veröffentlichen ausführliche Auszüge aus der Rede Hitlers, jedoch noch ohne jeden Kommentar. „Popolo d'Italia“ hebt in auffallenden Ueberschriften die einzelnen Teilabschnitte der Rede hervor und spricht von einer Reihe festumrissener Punkte, in die Hitler die Entscheidungen der deutschen Regierung zusammengefaßt habe.

„Stampa“ betont in der Ueberschrift, daß Hitler die volle und praktische Gleichheit für Deutschland gefordert habe, und unterstreicht die Worte, daß Deutschland keinen Krieg wolle. Die Ausführungen des Kanzlers über die Beziehungen zu Sowjetrußland werden mit den Worten „Keine Brücke zu den Sowjets“ überschrieben.

Die ersten Urteile aus USA

— Washington, 22. Mai. Wie der amtliche amerikanische Funkdienst als erste Meinungsäußerung maßgebender amerikanischer Kreise zur Führerrede meldet, ist die Rede Adolf Hitlers von hohen Regierungsbeamten als eine mögliche Grundlage für eine neue Stabilität in Europa angesehen worden.

Ueberwältigender Eindruck bei den Deutschen in Argentinien

— Buenos Aires, 22. Mai. Die Rede des Führers und Reichskanzlers hat auf die deutsche Kolonie in Argentinien einen geradezu überwältigenden Eindruck gemacht. Auf Veranlassung der Landesgruppe der NSDAP fanden vielfach Gemeinschaftsempfänge statt, die durchweg stark besucht waren. Die Sendung, die um 15 Uhr auf Kurzwelle und um 19 Uhr auf langer Welle erfolgte, war störungsfrei.

Heute in London wichtige Regierungserklärung

Meldung des DNB.

— London, 22. Mai.

Unter dem Vorsitz Baldwins, der den in Schottland weilenden Ministerpräsidenten Macdonald vertrat, fand am Dienstag eine Sitzung des englischen Kabinetts statt, in der die Erklärung vorbereitet wurde, die am Mittwoch von Regierungsseite in den beiden Häusern des Parlaments abgegeben wird. Eine weitere Kabinettssitzung ist für Mittwoch vormittag angesetzt, um im Lichte der dann vorliegenden Rede des Führers die Regierungserklärung endgültig festzusetzen.

Im Unterhaus wird der Präsident des Staatsrates, Baldwin, im Rahmen der Regierungserklärung das Programm für den beschleunigten Ausbau der britischen Luftstreitkräfte in großen Zügen bekanntgeben. Für die Durchführung dieses Programms wird die Einbringung eines Nachtragshaushaltes erforderlich sein.

Im Oberhaus wird Luftfahrtminister Lord Londonderry etwa um die gleiche Zeit wie im Unterhaus die Erklärung des Kabinetts bekanntgeben.

Hauptschriftleiter: Hans Alfred Meißner
Verantwortlich für Politik: Hans Alfred Meißner – Handelsteil: i. V. Willy Müller – Feuilleton: Carl Onno Eisenbart – Lokaler Teil: Dr. Fritz Hammes – Sport: Willy Müller – Südwestdeutsche Umschau, Gericht und den übrigen Teil: Carl Wilhelm Hennel – Anzeigen und geschäftliche Mitteilungen: Jakob Faude, sämtlich in Mannheim
Herausgeber, Drucker und Verleger: Druckerei Dr. Haas, Neue Mannheimer Zeitung, Mannheim, R 1, 4–6
Schriftleitung in Berlin: Dr. Fritz Silliax, W 35, [illegible]
Dd.-A. April 1935: Ausgabe A u. B = [illegible]
Zur Zeit Preisliste Nr. 4 gültig
Für unverlangte Beiträge keine Gewähr – Rücksendung nur bei Rückporto

Die Stadtseite

Mannheim, den 22. Mai.

Mannheimer Krankenhäuser zu Lehrstätten bestimmt

Der Reichsminister des Innern hat in einer Bekanntmachung vom 11. Mai ein Verzeichnis derjenigen Krankenhäuser und medizinisch-wissenschaftlichen Institute veröffentlicht, die bis auf weiteres zur Annahme von Praktikanten ermächtigt sind.

Es wurden im ganzen Reichsgebiet 1319 Krankenhäuser und medizinisch-wissenschaftliche Institute zur Lehrstätte bestimmt. Nach dem soeben veröffentlichten Verzeichnis der zur Annahme von Praktikanten der Medizinal- und Veterinärmedizin ermächtigten Krankenhäuser und medizinisch-wissenschaftlichen Institutes gibt es im Lande Baden 55 Lehrstätten, darunter

in der Stadt Mannheim drei Krankenhäuser: Städtische Krankenanstalten, Diakonissenkrankenhaus und das Theresienkrankenhaus.

Die Zahl der in Preußen zugelassenen Anstalten beträgt 786. Die meisten Lehrstätten für die Praktikanten des Medizinal- und Veterinärwesens befinden sich in Preußen in der Rheinprovinz mit 167 zugelassenen Anstalten. In der Reichshauptstadt sind es 94 Krankenanstalten und medizinisch-wissenschaftliche Institute. In Württemberg hat die Landeshauptstadt Stuttgart mit 19, in Baden haben Karlsruhe und Heidelberg mit je 19 Anstalten den größten Anteil an den Lehrstätten. E.C.

Tödlicher Verkehrsunfall

Am 21. Mai, kurz nach 7 Uhr abends, stieß bei der Umgehungsstraße in Käfertal beim Kreisweg 3 ein Kraftradfahrer aus Wallstadt, der in zu rascher Fahrt die Kreuzung zu überqueren versuchte, gegen einen aus Richtung Weinheim kommenden Personenkraftwagen. Der Kraftfahrer wurde in weitem Bogen auf die Fahrbahn geschleudert und erlitt schwere Kopfverletzungen, an denen er auf dem Weg zum städt. Krankenhaus starb.

Polizeibericht vom 22. Mai

Das Vorfahrtsrecht nicht eingeräumt. Heute früh stieß in der Schwetzinger Straße ein Lieferkraftwagen mit einem Straßenbahnzug zusammen, wobei größerer Sachschaden entstand. Die Schuld soll den Führer des Lieferkraftwagens treffen, der dem von rechts kommenden und auf einer Hauptverkehrsstraße befindlichen Straßenbahnzug das Vorfahrtsrecht nicht einräumte.

Selbsttötungsversuch. In der Absicht, aus dem Leben zu gehen, nahm in vergangener Nacht ein in der Innenstadt wohnender Mann Tabletten zu sich. Der Lebensmüde wurde nach dem Städt. Krankenhaus gebracht. Der Grund zur Tat ist bis jetzt noch unbekannt.

Verkehrsprüfung. Bei einer gestern auf dem Parkring vorgenommenen Prüfung des Lastkraftwagenverkehrs wurden 5 Führer angezeigt, weil sie ihre Fahrzeuge überlastet hatten.

Die Ostlandtagung des VDA Pfingsten 1935

Die Vorbereitungsarbeiten für die große Ostlandtagung in Königsberg sind in vollem Gange. Die besonders schwierige Frage der Unterbringung von etwa 40 000 Menschen wird dank der tatkräftigen Mitarbeit aller maßgebenden Stellen und der Einwohnerschaft Ostpreußens gelöst werden. Die Beteiligung besonders an den Sonderfahrten und Sonderzügen des VDA ist so stark, daß die kommende Tagung wahrscheinlich die bisher größte Pfingsttagung des VDA werden dürfte.

Die Tagung beginnt mit einer Saarfeier und Abstimmungsgedenkfeier in Marienburg. Eine besonders zahlreiche Abordnung von der Saar wird an dieser Feier teilnehmen. Im Mittelpunkt der Veranstaltungen in Königsberg steht am Samstag, den 8. Juni, eine Lehrertagung mit dem Thema „Volksdeutsche Erziehung als Berufsaufgabe“, bei der Reichsminister Rust das Wort ergreifen wird. Der Festakt im Schlageterhaus wird ein eindrucksvolles Bild der Lage in den auslanddeutschen Gebieten geben. Als Morgenfeier wird am Pfingstsonntag auf dem Erich-Koch-Platz ein „Volksdeutsches Bekenntnis“ abgelegt. Am gleichen Tage findet eine Frauentagung sowie eine Dozenten- und Studententagung statt, ein Volksdeutsches Gedenken, bei welchem der Opfer des Volkstumskampfes an Recht, Gut und Blut gedacht wird. Mit einem Fackelzug schließt der Tag ab. Der Pfingstmontag bringt die Stunde der Jugend sowie einen Festzug, der in eindrucksvollen Schaubildern aller Landesverbände ein Bild deutschen Lebens und deutscher Verbundenheit drinnen und draußen geben wird. Eine Kundgebung am Tannenberg-Denkmal ist dem verstorbenen Ehrenführer des VDA, Reichspräsident von Hindenburg, gewidmet. Am Samstag, den 15. Juni, findet eine Schlußkundgebung auf Einladung der Freien Stadt Danzig für die Bundesleitung statt.

Die Teilnehmer der Tagung werden in planmäßig durchgeführten Sonderfahrten das gesamte Ostpreußen kennenlernen.

** **Reichskriegsminister v. Blomberg in Mannheim.** In den heutigen Morgenstunden trafen auf dem Mannheimer Flughafen in einem Sonderflugzeug der Deutschen Lufthansa nach knapp zweistündigem Flug von Berlin kommend der Reichskriegsminister Generaloberst von Blomberg, Kultusminister Rust und General Liese mit einigen Herren ihrer Begleitung ein.

** **Polnische Trauerfeier für Marschall Pilsudski.** Der Verband polnischer Staatsbürger in Mannheim gedachte in feierlicher Weise des verstorbenen großen Marschalls. In dem mit den rot-weißen polnischen Farben geschmückten Saal des Gesellschaftshauses, stand auf der Bühne das Bild des Marschalls von Lorbeerbäumen umgeben. Nach Eintreffen des General-Konsuls Korzeniewski aus Frankfurt a. M. mit seinem Sekretär Tworowski, marschierten die Standarten unter den Klängen des Lieblingsliedes des Marschalls „Die erste Brigade“ auf, um zu Seiten des Bildes Aufstellung zu nehmen. Nach Eröffnung der Trauerfeier durch den zweiten Vorsitzenden des Verbandes der polnischen Staatsbürger in Mannheim, sprach der Vorsitzende des Vereines Ognisko, Ludwigshafen. Hierauf spielte die Kapelle den Trauermarsch von Chopin. Der Generalkonsul hielt dann eine einstündige Gedächtnisrede, die vom vollbesetzten Saal mit tiefer Ergriffenheit angehört wurde. Die Trauerfeier wurde mit den Klängen der polnischen Nationalhymne geschlossen. Am Samstag, dem 18. Mai, wurde in Frankfurt am Main eine Messe in der katholischen Kirche gelesen, zu der Abordnungen aus der Umgebung entsandt wurden.

** **Pflichtappell der Kameradschaft gedienter Bayern.** Ehrenvorsitzender Edmund Kreuzer führte den neuernannten Kameradschaftsführer Hermann Roediger, Hauptm. d. R. a. D., in sein neues Amt ein. Kamerad Roediger gedachte bei seinen Begrüßungsworten vor allem seines so unerwartet heimgegangenen Vorgängers Rößler. Bezirksverbandsführer Dr. Hieke überreichte sodann seinem Amtsvorgänger, Ehrenvorsitzenden des Bezirksverbandes Kreuzer, für seine in schwerer Zeit der Kyffhäusersache geleisteten Dienste, das vom Reichskriegerbund verliehene goldene Kyffhäuser-Ehrenkreuz 1. Klasse. Mit großer Aufmerksamkeit folgten die Kameraden dem Vortrag des Kameradschaftsführers Roediger über Wehrpolitik und Erziehung.

** **Aus Friedrichsfeld.** In voller geistiger und körperlicher Frische feierte Herr Johann Jung, Vogesenstraße, seinen 80. Geburtstag. Der Jubilar ist seit 50 Jahren Mitglied der Kameradschaft ehemaliger Soldaten und war früher bei der Reichsbahn angestellt. — 73 Jahre alt wurde Frau Katharina Maaß, genannt: „Schreiners-Kathrine“, 60 Jahre Frau E. Erler. — Zu wüsten Händeln kam es in einem Hause der Neudorfstraße, wo sich mehrere Mieter erst beschimpften, dann verprügelten und schließlich mit Messer und Dolch bedrohten, nachdem sie zuvor sich Pfeffer ins Gesicht geworfen hatten. — Ein Arbeiter der Reichsautobahn geriet zwischen zwei Loren und bekam, da im selben Augenblick die Lokomotive anfuhr, am Kopf derartige Prellungen, daß er ins Krankenhaus geschafft werden mußte.

Wer darf in Jugendherbergen übernachten?

Nur wer den Jugendherbergsausweis bei sich hat

Es kommt immer wieder sehr häufig vor, daß Wanderer, die sich auf Fahrt befinden und in Jugendherbergen übernachten wollen, abgewiesen werden müssen, da sie nicht die Berechtigung zur Benützung der Jugendherbergen haben. Der Reichsjugend-Pressedienst veröffentlicht jetzt die Bestimmungen, die bei der Benutzung der Jugendherbergen zu beachten sind. Voraussetzung zur Benützung der deutschen Jugendherbergen ist der Besitz eines Jugendherbergsausweises. Dieser Ausweis wird in nachstehenden Arten ausgegeben:

Der Bleibenausweis.

Dieser ist für Jugendwanderer unter 20 Jahren bestimmt. Er wird ausgestellt von allen Ortsgruppen des Jugendherbergsverbandes oder direkt von der Geschäftsstelle. Er kostet jährlich 50 Pfg. Bei Ausstellung sind mitzubringen: Personalausweis und ein Lichtbild.

Mitgliedskarte.

Um auch Erwachsenen die Benützung der Jugendherbergen zu ermöglichen, wurde die Mitgliedskarte geschaffen. Diese ist durch den Jahresbeitrag von 3 Mk. zuzüglich Gauzuschlag zu erhalten. Im übrigen gelten dieselben Anordnungen wie für den Bleibenausweis. Personen über 20 Jahre, die sich in Berufsausbildung befinden oder erwerbslos sind, bezahlen die Hälfte und den Uebernachtungssatz für Jugendliche.

Führerausweis.

Uebernachtungsrecht haben alle Jugendverbände, wenn der Führer der Gruppe einen Führerausweis besitzt. Die Jugendgruppe selbst muß körperschaftliches Mitglied beim Jugendherbergsverband sein. Nähere Auskunft hierüber erteilen die Ortsgruppen oder die Gaugeschäftsstellen.

Familienkarte.

Neuerdings wurde auch die Familienkarte eingeführt. Die Eltern bezahlen dann in den Jugendherbergen den normalen Uebernachtungssatz; wenn sie mit mehr als zwei Kindern wandern, nur die Uebernachtungsgebühr für Jugendliche. Diese beträgt für Erwachsene 60 Pfg. und für Jugendliche unter 20 Jahren 20 Pfg.

Den Herbergseltern ist es streng verboten, Wanderer ohne Ausweis aufzunehmen. Jeder sorge also dafür, daß er sich einen Jugendherbergsausweis beschafft.

Am 15. und 16. Juni führt die HJ einen

Reichsopfer- und Werbetag für das deutsche Jugendherbergswerk

durch. In diesem Zusammenhang verlohnt es sich einmal, auf die Zunahme und auf den Ausbau des Reichsherbergsnetzes hinzuweisen, die gerade in den letzten Jahren erfolgt sind. Während im Jahre 1911 in 17 Jugendherbergen 3000 Uebernachtungen zu verzeichnen waren, stieg diese Zahl im Jahre 1922 auf 1400 Jugendherbergen mit 1 100 000 Uebernachtungen, um dann im Jahre 1934 mit 2250 Jugendherbergen und sechs Millionen Uebernachtungen ihren Höchststand zu erreichen. Träger des deutschen Jugendherbergswerkes ist der Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen, der zurzeit etwa 142 000 korporative und Einzelmitglieder besitzt. Im Auslande ist die vorbildliche Arbeit des deutschen Verbandes immer wieder anerkannt und ihm deshalb auch die Führung des internationalen Jugendherbergsverbandes übertragen worden.

BILDER VOM TAGE

Die Kamera sieht in die Welt

Wenn die Wache kommt ...

Eine große Menschenmenge sammelt sich stets im Hof des Budapester Königsschlosses, wenn die Schloßwache in ihren malerischen Uniformen abgelöst wird.

Rekrutenvereidigung in Bukarest.

In Rumänien wurden die Rekruten des Jahres 1935, die jetzt zum Heeresdienst einberufen sind, auf die Fahne vereidigt.

Heiligsprechung zweier englischer Märtyrer.

Papst Pius bei der feierlichen Heiligsprechung der englischen Märtyrer Thomas More und John Fisher im St.-Peter-Dom in Rom.

Die Vereidigung der päpstlichen Schweizer Garde,

deren Ersatzmannschaften jetzt im Belvedere des Vatikans feierlich in Pflicht genommen wurden.

[illegible]

Der Mann der Stawisky entlarvte

Von Bodo M. Vogel
nach amtlichen Quellen

DIE GEHEIMNISVOLLE TRAGÖDIE DES PARISER GERICHTSRATS PRINCE

Die kleine Piot wurde die Tagesheldin der Presse. Die größten Zeitungen des Landes beglückwünschten sie zu ihrer Entdeckung. Der Fund war eine ziemlich beschmutzte Visitenkarte. Sie trug den Namen eines Mannes, der gewiß ein paar Jahre seines Lebens dafür geben würde, hätte man seine Besuchskarte an dieser Stelle nicht gefunden.

Auf der Visitenkarte stand:

„Dr. Saulier-Lamarck
Vom Laboratorium Cortial,
Rue de L'Armorique Nr. 7
Paris"

Herr Piot verwahrte die Karte in seiner Brieftasche und setzte mit seinem Töchterchen den Weg fort. Zwei Tage später war der Untersuchungsrichter von Dijon, Herr Rabut, im Besitz der Visitenkarte. Herr Piot hatte auch eine Zeichnung eingesandt, auf der die Fundstelle genau durch ein Kreuz angemerkt war.

Bürokratische Methoden

Der Untersuchungsrichter von Dijon maß der Entdeckung scheinbar keine besondere Bedeutung bei. Denn, statt sofort den Dr. Saulier-Lamarck telegraphisch zum Verhör zu bestellen, ließ der alte Untersuchungsrichter erst einige Tage vergehen, dann sandte er ein Schreiben an seinen Kollegen Lapeyre in Paris, um von diesem die interessante Frage aufklären zu lassen, wie die Visitenkarte eines Pariser Arztes ausgerechnet an die Mordstelle gelangen konnte.

Dieses umständliche, bürokratische Verfahren hätte sich der Untersuchungsrichter von Dijon jedoch sehr gut sparen können. Denn, wenn er seine Akten genau durchgesehen hätte, wäre er an anderer Stelle auf den Namen des gesuchten Dr. Saulier-Lamarck gestoßen. Die geheimnisvolle Persönlichkeit war nämlich in Reichweite. Dr. Saulier-Lamarck weilte damals in Dijon selbst. Er war zufällig auch am 20. Februar von Paris nach Dijon gefahren. Und um nun dem sonderbaren Zufall noch die Krone aufzusetzen, hatte er ausgerechnet den gleichen Zug benutzt wie der unglückliche Gerichtsrat Prince und sogar einige Abteile neben ihm in dem verhängten Abteil zweiter Klasse gesessen! Die Polizei hatte bereits eine Liste aller Fahrgäste zusammengestellt, nachdem sich diese auf Zeitungsaufrufe gemeldet hatten.

Diese Liste befand sich schon an dem Tage unter den Untersuchungsakten, als Herr Piot die gefundene Visitenkarte einsandte. Trotzdem die Lösung des Rätsels in größter Nähe lag, ergab sich nun doch das beschämende Schauspiel, daß, während in Paris der dortige Untersuchungsrichter den Arzt wie eine Stecknadel suchen ließ, dieser ganz gemütlich mit Wissen der Polizei in Dijon weilte, ohne daß man ihn über den Fund der Visitenkarte überhaupt befragte.

Dr. Saulier-Lamarck hatte sich auf eine Zeitungsnotiz hin als Reisender des Paris—Dijoner Zuges gemeldet. Bei seiner kurzen polizeilichen Einvernahme bezeichnete er sich als Reisevertreter eines chemischen Laboratoriums in Paris. Er war geschäftlich nach Dijon gekommen. Weil er aber nach Franzosenart die Pflicht mit der Annehmlichkeit verbinden wollte, reiste er, obwohl verheiratet und Vater von mehreren Kindern, in Begleitung einer Dame, die sich als Fräulein Lamarre auswies. Um ungestört zu sein, hatte Dr. Saulier-Lamarck die Fenstervorhänge seines Zugabteils schließen lassen. Den Gerichtsrat Prince behauptete er nicht zu erkennen. Er habe überhaupt erst drei Tage nach der Affäre von der ganzen Angelegenheit erfahren, da er mit seiner Begleiterin das Dijoner Hotel, in dem sie zusammen abgestiegen seien, nur auf ganz kurze Zeit verlassen habe.

Mit dieser Aussage erklärte sich die Dijoner Polizei zufrieden. Dr. Saulier-Lamarck wurde nach einer Einvernahme von knapp 10 Minuten wieder entlassen und setzte einige Tage später seine Reise fort.

Es dauerte einige Zeit, bis er endlich im Auftrage des Untersuchungsrichters wegen der Visitenkarte verhört werden konnte. In der Zwischenzeit hatte man den Arzt angeblich nirgends erreichen können. Die Visitenkarten-Angelegenheit wuchs sich nun zu einem interessanten Sonderkapitel der Prince-Affäre aus.

Ein Alibi

Der gesuchte Arzt weilte gerade in Besançon und wurde hier von dem Kriminalkommissar Ogier aus Paris vernommen, der ihm nachgereist war. Das Protokoll, das monatelang unter Aktenbündeln schlummerte, liegt jetzt endlich in seinem genauen Wortlaut vor. Erst heute hat man erfahren, welche Auskunft Dr. Saulier-Lamarck in der Visitenkarten-Sache gab.

„Ich bin am 20. Februar um 16.47 Uhr in Dijon angekommen", erklärte Dr. Saulier-Lamarck dem Kriminalbeamten. „Ein Gepäckträger hat meine Gepäckstücke in den Autobus des Hotels „Zur Glocke" gebracht. Ich bin zu Fuß in das Hotel gegangen. Man hat mir zuerst das Zimmer 412 gezeigt, das mir aber nicht paßte. Dann das Zimmer 320, das ich genommen habe. Wir (nämlich der Arzt und seine Begleiterin Frl. Lamarre) sind gleich in unser Zimmer gegangen und sind dort bis um 18 Uhr geblieben. Um 18 Uhr sind wir fortgegangen, um einen kleinen Rundgang durch die Stadt zu unternehmen.

In einer Konditorei in der Rue de la Liberté habe ich an meine Frau, die in Paris wohnt, ein Paket mit Lebkuchen abschicken lassen, das 37,50 Franken gekostet hat. Ich habe dann einige Früchte in einer spanischen Obsthalle gekauft, wo ich einige Worte in Spanisch mit der Inhaberin wechselte. Dann sind wir gegen 18.30 Uhr in das Hotel zurückgekehrt, und ich bin vor elf Uhr am nächsten Tag nicht mehr fortgegangen. Da wir eine Gesundheitskur durchmachten, haben wir nur sehr einfach zu Abend gegessen. Wir haben Früchte und ein wenig Lebkuchen verzehrt."

Nach diesem etwas komisch anmutenden Intermezzo folgte das Verhör über die Visitenkarte.

„Es ist mir vollkommen unklar", fuhr Dr. Saulier-Lamarck fort, „wie man diese Karte in der Nähe des Kriegerdenkmals auffinden konnte. Ich kenne den Ort nicht und bin niemals dorthin gegangen. Am nächsten in dieser Gegend bin ich gewesen, als ich mich geschäftlich zu Dr. Regnier in der Rue des Perrières begab.

Ich habe in Dijon im Auftrage des Laboratoriums Cortial zwischen dem 21. Februar und dem 1. März 67 Aerzte aufgesucht, deren Liste beiliegt. Ich habe meine Besuche bei Dr. Mehaer begonnen. Jedem Arzt überreichte ich bei der Vorstellung eine Geschäftskarte und, wenn Patienten da waren, meine persönliche Visitenkarte, um schneller vorgelassen zu werden. Ohne Zweifel hat einer der Aerzte, der später am Fundort spazieren ging, dort meine Visitenkarte verloren."

Die Begleiterin des Arztes, Fräulein Lamarre, bestätigte diese Aussagen. Der Pariser Kriminalkommissar war damit zufrieden. Dr. Saulier-Lamarck konnte seine Reise-Tournee weiter fortsetzen. Auf seine besondere Bitte wurde seine Aussage geheimgehalten, denn er befürchtete seitens seiner Frau Unannehmlichkeiten wegen seines galanten Reiseabenteuers. Unbegreiflicherweise war die französische Polizei so gefällig, vollkommene Diskretion zu wahren. Lange Zeit hindurch erfuhr keine einzige Zeitung auch nur das geringste über die wichtige Aussage des Arztes.

Viele Monate vergingen. Erst als im August vorigen Jahres der Pariser Polizeikommissar Guillaume einen vorläufigen Gesamtbericht über die Affäre Prince dem Justizminister überreichte, trat der Name Saulier-Lamarck in den Vordergrund des öffentlichen Interesses.

Verdächtige Umstände

Jetzt kam allerdings Dr. Saulier-Lamarck nicht mehr so leichten Kaufes davon, wie es zuvor geschehen war. Es bedeutete ein Kinderspiel, Widersprüche bei der Nachprüfung seiner Aussagen festzustellen. Was dabei die amtliche Polizeiuntersuchung nicht ermittelte, brachten private Nachforschungen seitens der Rechtsanwälte der Familie Prince an das Tageslicht. Von den 67 Aerzten in Dijon protestierten sofort alle gegen die Behauptung Saulier-Lamarcks, dessen Visitenkarte am Tatort verloren zu haben. Der größte Teil von ihnen war überhaupt nicht so neugierig gewesen, den Platz in Augenschein zu nehmen. Die fünf Aerzte, die tatsächlich dort waren, hatten aber die Visitenkarte, bzw. Geschäftskarte Saulier-Lamarcks noch bei sich. Diesem ersten Widerspruch gesellte sich bald ein zweiter zu. Die Angabe des Arztes, sich am 20. Februar abends in seinem Hotel aufgehalten zu haben, wurde durch eine andere Aussage entkräftet. Der Hotelportier strafte Dr. Saulier-Lamarck Lügen.

Nachdem der Hotelportier zunächst einmal von privater Seite befragt worden war, bestätigte er seine Angaben eidesstattlich vor dem Dijoner Untersuchungsrichter. Diese Aussage hatte die Wirkung eines großartigen Theater-Coups.

Der Nachtportier vom Hotel „Zur Glocke", Jean Martin, gab folgendes an:

„Am Abend des 20. Februar zwischen 22 Uhr und 22.30 Uhr hat ein Herr, der sich Lamarck nannte, von mir den Zimmerschlüssel verlangt. Er erinnerte sich nicht mehr genau der Zimmernummer. Ich habe die Nummer erst im Gästebuch heraussuchen müssen. Dann habe ich „Lamarck Nr. 320" gefunden, dem Herrn den Schlüssel gegeben und ihn bis an den Fahrstuhl geleitet, wo eine Dame auf ihn wartete. Am nächsten Tage habe ich ihn wieder erkannt. Diesen Tag und die nächsten Tage kam er immer um 21.30 Uhr nach Hause. Ich bin meiner Aussage ganz sicher und kann bezeugen, daß Herr Saulier-Lamarck am 20. Februar erst um 22.30 Uhr nach Hause gekommen ist."

Das Zimmermädchen, Yolande Soravia, das am 20. Februar gegen 19 Uhr die Betten in dem Zimmer abdecken wollte, fand den Raum leer. Auch diese Zeugin nahm ihre Aussage auf den Eid. Daraus ergab sich klar und deutlich, daß Dr. Saulier-Lamarck gelogen und am 20. Februar um die Zeit, als Gerichtsrat Prince den Tod fand, nicht in seinem Hotel geweilt hatte.

Wo hatte er sich nun aber aufgehalten?

Dr. Saulier-Lamarck, der den beiden Zeugen gegenübergestellt wurde, behauptete ihnen ins Gesicht das Gegenteil. Seine Begleiterin, die jetzt auch vernommen wurde, konnte sich aber nicht mehr so ganz genau erinnern. Alle diese Umstände muteten sehr verdächtig an. Man fühlte doch Dr. Saulier-Lamarck genauer auf den Zahn. Dabei ergaben sich ganz ungewöhnliche sensationelle Enthüllungen.

Die Schlinge zieht sich enger

Man wird sich erinnern, daß Gerichtsrat Prince eines Tages vor seiner Wohnung von einem angeblichen Journalisten zum Essen eingeladen wurde. Prince hatte sofort eine Falle vermutet. Seinen Freunden und seiner Familie erzählte er, daß sich der Unbekannte so ähnlich wie Salier oder Saulier genannt habe. Um die damalige Zeit weilte Dr. Saulier-Lamarck tatsächlich in Paris. Er trug auch, wie Prince ferner bemerkt hatte, das Bändchen der Ehrenlegion im Knopfloch und sah auch sonst dem rätselhaften Unbekannten ähnlich.

Muteten diese Umstände nun schon als reichlich eigenartige Zufälle an, so sollten sich bald noch mehr derartiger Sonderbarkeiten ergeben.

Im September vorigen Jahres erschien das erste Bild Dr. Saulier-Lamarcks in den Zeitungen: ein gutaussehender, gepflegter Herr in mittleren Jahren, mit grauem, gestutztem Schnurrbart. Obwohl Saulier-Lamarck keine besonders auffällige Physiognomie besitzt, waren verschiedene Zeugen doch sehr betroffen, als sie das Bild betrachteten. So vor allem die Zeugin Frau Marin, die den Gerichtsrat im Kreise verschiedener Herren als Gefangenen gesehen hatte. Einen davon erkannte sie sofort als Dr. Saulier-Lamarck. Der Geschäftsreisende, der am Tatort nach Benzin gefragt hatte, behauptete, daß ihm das Gesicht des Arztes nicht ganz unbekannt vorkäme. Der Messerverkäufer im Warenhaus in Paris erklärte es als nicht ausgeschlossen, daß ein Herr, der wie Saulier-Lamarck ausgesehen hatte, bei ihm am 17. Februar 1934 das später am Tatort gefundene Messer gekauft habe.

Recht sonderbar waren auch die Auskünfte, die man über die Begleiterin Saulier-Lamarcks, Fräulein Lamarre, erhielt. War es ein bloßer Zufall, daß sie den gleichen Namen führte, wie jene berüchtigte Abenteuerin Vivienne Lamarre, die die Geliebte Stawiskys gewesen war, und die „Frau mit den Diamanten" genannt wurde? Vielleicht war es wirklich kein Zufall. Aber aufgeklärt werden konnte dieses Geheimnis nicht. Denn die rätselhafte Begleiterin des Arztes war seit Mitte des vorigen Jahres verschwunden. Man konnte sie polizeilich nicht mehr ermitteln. Und erst vor kurzem kam nun die Nachricht aus Paris, daß die Hochstaplerin Vivienne Lamarre plötzlich Selbstmord verübt hat. Dr. Saulier-Lamarck wird einen Seufzer der Erleichterung ausgestoßen haben, als er von diesem günstigen Selbstmord vernahm.

Alle diese Zufälle waren gewiß frappierend. Es mag kein Wunder sein, daß Dr. Saulier-Lamarck in der französischen Oeffentlichkeit als eine ziemlich verdächtige Persönlichkeit betrachtet wird, zumal er noch Vertreter eines chemischen Laboratoriums war und auch Betäubungsmittel mit sich führte.

Trotzdem dachte die Polizei nicht eine Sekunde an die Verhaftung dieses Verdächtigen. Von offizieller Stelle wurde Saulier-Lamarck als ein Mann bezeichnet, der über jeden Verdacht erhaben sei. Er konnte sich frei bewegen und Reisen unternehmen, wohin er wollte. Es fehlte ihm nicht an hohen Gönnern.

Die Serie der Ueberraschungen, die seit einem Jahre mit der Suche nach den Mördern des unglücklichen Gerichtsrates Prince verbunden sind, fand damit noch nicht ihren Abschluß. Erst vor kurzem kam es zu einem neuen Theater-Coup. Dr. Saulier-Lamarck konnte als einer der größten Hochstapler Frankreichs entlarvt werden.

Ein feiner Arzt

Ein kürzlich veröffentlichter Polizeibericht enthüllt nun endlich das wahre Gesicht des Dr. Saulier-Lamarck. Er ist Franzose von Geburt und heißt eigentlich Sanglier, was auf deutsch Eber bedeutet. Da ihm der Name nicht gefiel, suchte er um die Erlaubnis nach, das „G" aus seinem Namen fortzulassen. Er erhielt auch diese Erlaubnis. Dafür aber setzte er aus eigener Machtvollkommenheit seinem Namen den Namen des großen Naturforschers Lamarck hinzu. Doch das war keineswegs alles. Saulier hatte in seinem ganzen Leben überhaupt niemals ein Doktorexamen abgelegt. Seine Geschichte mutet an wie ein Abenteurerroman. Während des Krieges stellte sich Saulier bei der französischen Sanitätstruppe als Freiwilliger zur Verfügung. Er gab an, in Spanien zum Doktor der Medizin promoviert zu sein. Auf Grund gefälschter Papiere erhielt er den Stabsarztrang. Er war auf allen möglichen Kriegsschauplätzen tätig, und er nahm zahlreiche Operationen in französischen Lazaretten vor. Er ist Ritter der höchsten Orden. Schließlich erhielt er auch noch das Kreuz der Ehrenlegion. Im Jahre 1919 aber kam der Schwindel heraus. Saulier wurde vom Oberstabsarzt zum Sanitätsunteroffizier degradiert. Nach seiner Entlassung vom Militär reiste er als Vertreter für Heilmittelhandlungen. Trotzdem er nicht dazu berechtigt war, führte er aber den Doktortitel weiter. Sein Spezialgebiet war der Verkauf von Betäubungsmitteln.

Kein Mensch zweifelte mehr, daß Saulier eine überaus anrüchige Vergangenheit besaß. Einem solchen Menschen gegenüber war Mißtrauen am Platz. Die französische Polizei stellte ihm erst noch vor kurzem das beste Zeugnis aus. Es wurde ihm noch einmal bescheinigt, daß er über jeden Verdacht, an der Ermordung des Gerichtsrates Prince mitgewirkt zu haben, erhaben sei. Noch heute reist diese rätselhafte Persönlichkeit in Frankreich in angenehmer Begleitung herum, um Betäubungsmittel zu verkaufen, ohne im geringsten von den Behörden belästigt zu werden . . .

Damit endet einstweilen die Geschichte der Nachforschungen nach den Mördern des Gerichtsrates Prince, der vor einem Jahre auf tragische Weise ums Leben kam.

Wie am Anfang steht auch am Ende noch das große Fragezeichen.

Ende.

Der Fall Prince ist gewiß eine der mysteriösesten Kriminalaffären aller Zeiten. In seinen Auswirkungen erinnert er an die berühmte Halsbandgeschichte kurz vor der französischen Revolution von 1789, die das Vertrauen des Volkes zu Justiz und Polizei schwer erschütterte. Das tragische Ende eines hohen Richters, eine ganze Zahl von Unbekannten, dunkle Geheimgesellschaften, Frauen, bestochene Politiker und Beamte — es ist alles in diesem Fall Prince enthalten, um Bände von Kriminalromanen zu füllen. Ja, diese bis heute ungeklärte Affäre und die Geschichte der fruchtlosen Suche nach den Tätern ist mehr als ein gewöhnlicher Kriminalfilm; sie ist der Film einer in Zersetzung begriffenen Gesellschaft, den jeder rechtschaffen denkende Mensch nur mit Kopfschütteln und Abscheu betrachten kann.

Einmal wird der Tag kommen, an dem der rätselhafte Fall Prince aufgeklärt wird und die unmenschlichen Urheber dieses Verbrechens ihre Strafe finden.

Programm des Handwerkertages

In Frankfurt vom 12. bis 23. Juni

* **Frankfurt a. M.,** 22. Mai. Für den in der Zeit vom 12. bis 23. Juni in Frankfurt a. M. stattfindenden Reichshandwerkertag wird jetzt das offizielle Programm bekanntgegeben.

Am Mittwoch, dem 12., finden zunächst Kranzniederlegungen am Ehrenmal in Berlin, am Grabe Horst Wessels, am Mahnmal in München, am Grabe Hindenburgs im Nationaldenkmal in Tannenberg, sowie an den Gräbern Albrecht Dürers und Hans Sachs' in Nürnberg statt. Der 13. und 14. sowie die folgenden Wochentage sind hauptsächlich für die Arbeitstagungen der einzelnen Handwerksparten vorgesehen. Am 14. werden auch die Römerberg-Festspiele in Frankfurt eröffnet; am 15. folgen die Eröffnungen der einzelnen Fachausstellungen in Wiesbaden, Mainz u. a. Nachbarstädten, sowie die Meisterschau in Frankfurt. Den Samstag beschließt ein Handwerker-Festabend im „Haus der Technik".

Den Höhepunkt der Tagung bildet Sonntag, der 16. Juni mit dem Wecken durch Handwerkerkapellen, dem Appell der wandernden Gesellen, der Meisterfreisprechung und Ehrung verdienter führender Meister in der Paulskirche, der Großkundgebung im Stadion, sowie endlich der Aufführung von handwerklichen Tänzen und Spielen auf öffentlichen Plätzen wie dem Schäfflertanz, Tanz der Waschermadeln, Hans-Sachs-Schwänke, Schwertertanz u. a.

\# **Lampertheim,** 18. Mai. Die gesamte Jagdnutzung der Gemeinde Lampertheim, die in vier Jagdbogen eingeteilt ist, soll am 25. Mai, nachmittags 3 Uhr, im unteren Rathaussaale öffentlich auf 12 Jahre versteigert werden. Der erste Jagdbezirk umfaßt 1150 Hektar Wald und befindet sich an der Autobahn; es handelt sich um ein Rotwildrevier mit einer hervorragenden Geweihbildung; es dürfen hierin abgeschossen werden: drei geweihte Hirsche, sechs Stück Kahlwild, acht Böcke und 20 Geißen. Drei gutarrondierte Feldjagdbezirke umfassen 2200 Hektar vielseitige Niederjagd. Nähere Auskünfte erteilt die Bürgermeisterei Lampertheim.

* **Worms,** 21. Mai. Der bisherige Verkehrsdirektor von Würzburg, Wilhelm Egenolf, wurde zum Verkehrsdirektor in Worms verpflichtet. Direktor Egenolf hat seinen Dienst bereits angetreten.

-s. **Lindenfels,** 22. Mai. Die Eheleute Joh. Peter Scherer feierten in bester Gesundheit ihre silberne Hochzeit.

L. **Dossenheim,** 22. Mai. Die Eheleute Weinhändler Karl Brunner und Frau Margarethe geb. Wedel konnten am Sonntag das Fest der goldenen Hochzeit begehen. Der Jubilar genießt als Kirchenältester der evangelischen Pfarrgemeinde allgemeines Ansehen. — Die Kameradschaften „Germania", Handschuhsheim und „Germania", Dossenheim trafen sich hier zu einem Soldatentreffen im Dossenheimer Wald. Im „Adler" verlebte man dann einige schöne Stunden bei Gesang, Musik und Ansprachen. Die Begrüßungsansprachen hielten Sturmführer Neureither und Kamerad Stern.

* **Neckargemünd,** 22. Mai. Die Eheleute Bahnarbeiter Linß und dessen Ehefrau Luise geb. Schnekkenberger feierten das Fest der silbernen Hochzeit.

L. **Bretten,** 22. Mai. Für das im Bau befindliche Schwimmbad haben die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Stadt und der Bezirkssparkasse den stattlichen Betrag von 812,50 Mark gezeichnet. Auch in anderen Betrieben wird für den gleichen Zweck eine eifrige Sammeltätigkeit entfaltet und kann auch dort mit günstigen Ergebnissen gerechnet werden.

Phot. Ufa

Daniella Parola und Gina Falckenberg,
die französische und die deutsche Darstellerin der Arsena in dem Film „Zigeunerbaron", der in diesen Tagen abermals in Mannheim läuft.

2000 badische Bauern bekennen sich zum Führer

Der 52. Verbandstag der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Karlsruhe

* Karlsruhe, 22. Mai.

Die alljährlich im Mai stattfindende genossenschaftliche Tagung wurde am Dienstag vormittag mit dem 52. Verbandstag der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Baden e. V. eröffnet. Er war von weit über 2000 Bauern aus dem ganzen Lande besucht und gestaltete sich zu einem gewaltigen Bekenntnis des deutschen Bauerntums zum neuen Staat und zu seinem Führer Adolf Hitler.

Verbandsdirektor Rupp begrüßte die große Versammlung und die Gäste.

Herzlich begrüßt sprach hierauf der Landesbauernführer Engler-Füßlin. Er führte aus, daß man dem Führer und dem Reichsbauernführer Darré zu außerordentlichem Dank verpflichtet sei, daß sie uns das gegeben haben, was seit Jahrhunderten vergeblich erkämpft wurde.

Der Reichsnährstand habe die bäuerliche Selbstverwaltung gebracht. Den Reichsbauernführer dürfe man als den Schmied der deutschen Bauerneinheit bezeichnen.

Zur Neuordnung übergehend erklärte der Landesbauernführer, Organisationen dürften niemals Selbstzweck, sondern nur das Mittel zum Zweck sein. Drei Aufgabengebiete seien dem Reichsnährstand zugewiesen; diese gliedern sich in Bauer, Hof und Markt. Der Bauer wolle Kämpfer sein im Dritten Reich und dem Führer die Treue halten. Bauer und Soldat fänden für Deutschlands Ehre, Freiheit und Gleichberechtigung ein.

Die Ausführungen des Landesbauernführers fanden stürmischen Beifall, den Verbandsdirektor Rupp in seinen Worten herzlichen Dankes kleidete. Dann sprach der Bevollmächtigte der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse Plennig. Er stellte fest, daß die Zusammenarbeit mit der badischen Organisation die denkbar beste sei. Es folgte die Erstattung des Jahresberichts für 1934 durch den Generalsekretär Holmann. Im großen und ganzen gesehen könne man mit dem abgelaufenen Jahr zufrieden sein.

Das badische Genossenschaftswesen stehe treu und fest hinter dem Führer und Reichskanzler und den von ihm gesetzten Führern.

Dem Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Baden e. V. gehörten 2491 Genossenschaften an. Das Jahr 1934 stand wiederum im Zeichen einer erfreulichen Aufwärtsentwicklung der bäuerlichen Genossenschaften. Die Umsatztätigkeit hat sich bei den meisten Warengenossenschaften merklich gehoben. Auch im Absatzgeschäft war die Tätigkeit rege. In allen sonstigen Aufgabengebieten der Genossenschaften ist gleichfalls eine günstige Entwicklung festzustellen. Wir hatten 1934, so führte der Redner aus, die sehr große Ernte von 703 306 Hl. zu verzeichnen gegen nur 163 906 Hl. im Jahre 1933. Der Absatz der 34 Weingrossenossenschaften war sehr bedeutend. Ein für Baden besonders wichtiges Gebiet ist die Milchwirtschaft. Wir haben 300 000 Stück Milchvieh, die 600 Mill. Liter liefern. Auch hier hat sich die Marktregelung recht günstig ausgewirkt. Die genossenschaftliche Eiervermertung hat im Jahre 1934 einen Aufschwung genommen wie noch nie zuvor. So konnte die badisch-pfälzische Eierzentrale ihren Umsatz von 1933 mit 9,9 Mill. Stück im Werte von 70 000 M. im Jahre 1934 auf 18,7 Mill. Stück im Werte von 1 322 000 M. steigern.

Die Regularien fanden glatte Erledigung, worauf Verbandsdirektor Rupp in einem Rück- und Ausblick sich zur Gestaltung des Genossenschaftswesens äußerte. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen sei zu einem bedeutenden stolzen bäuerlichen Faktor geworden, und habe dies alles aus sich selbst gemacht. Wir wollen heute und in der Zukunft in den Verbandstagen und in den Generalversammlungen nur Kundgebungen eines kraftvollen Genossenschaftslebens sehen und überzeugt von der Richtigkeit der genossenschaftlichen Idee den Genossenschaftsgeist hochhalten. Gerade für die kleinbäuerliche Wirtschaft gebe es keine geeignetere Form der Organisation als die der Genossenschaft. Der Bauernstand bedeute etwas in der Wirtschaft des deutschen Volkes, bekenne sich zum Ganzen und stehe treu zum Staat und hinter Adolf Hitler. Die Rede des Verbandsdirektors klang aus in ein begeistertes „Sieg Heil!" auf den Führer und Reichskanzler, das deutsche Volk, den deutschen Bauernstand und das Genossenschaftswesen.

Am Nachmittag folgten die Generalversammlungen der Badischen Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft und der Badischen Bauernbank.

Badens Obstbauer tagten in Wertheim

Die segensreiche Auswirkung des Marktschutzgesetzes

* Wertheim, 21. Mai.

Die diesjährige Tagung der badischen Bezirksobstbauvereine begann Samstagabend in der Städtischen Turnhalle mit der Vertreterversammlung, zu der neben den führenden Persönlichkeiten des badischen Obstbaues sich auch die Vertreter der Behörden eingefunden hatten. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden des Landesverbandes Badischer Obstbauvereine, Landeshauptabteilungsleiter Pg. Fr. Schmitt-Karlsruhe, geleitet; er überbrachte die Grüße des am Erscheinen dienstlich verhinderten Landesbauernführers.

Einen breiten Raum in den Verhandlungen des ersten Abends nahm der Geschäftsbericht für 1934, erstattet von Obstbaurat Blaser-Karlsruhe, ein; was dieser Fachmann hierzu ausführte, verdient, wenigstens in großen Umrissen festgehalten zu werden. Das Jahr 1934 war witterungsmäßig gekennzeichnet durch eine starke vorsommerliche Hitze mit ganz geringen Niederschlägen. Trotz der großen Trockenheit wurde eine Obsternte erzielt, die zu einer der besten unseres Jahrhunderts gehört. Gut gerieten die Kirschen; Absatz und Preis waren sehr befriedigend. Schlecht schnitten die Beeren ab. Es wurde eine Durchschnittsernte festgestellt von 91 Pfund Aepfel pro tragender Baum, 102 Pfund Birnen, 48 Pfund Pfirsichen, 37 Pfund Zwetschgen und Pflaumen (alles pro tragender Baum).

Durch die Disziplinlosigkeit vieler Obsterzeuger wurde im letzten Herbst zeitweise eine katastrophale Lage auf dem Obstmarkt herbeigeführt. Segensreich hat sich das Marktschutzgesetz ausgewirkt. Die Umsätze steigerten sich dadurch gewaltig.

Auch die neueingeführte Verladekontrolle hat sich gut bewährt. Der Einlagerung von Winterobst wird künftighin im Interesse unserer Volksernährung größte Beachtung geschenkt werden. Der reiche Obstsegen gab Gelegenheit zu häufigen Obstausstellungen und Sortenschauen. Der Verlauf des Obstgeschäfts 1934 hat gezeigt, daß gute Ware immer wieder zu guten Preisen abgesetzt werden kann.

Die große öffentliche Versammlung am Sonntag brachte nach geschäftlichen Mitteilungen einen Vortrag des Landeshauptabteilungsleiters Schmitt über die Grundlagen der nationalsozialistischen Marktregelung. Diese beabsichtigt eine Stärkung des Binnenmarktes und helfe so mit, die Arbeitsschlacht siegreich durchzukämpfen.

Die Marktregelung fördert die Güte der Erzeugnisse und sichert den Verbraucher vor Uebervorteilung; sie stärkt den Binnenmarkt und führt dadurch zur Absatzvermehrung;

sie ermöglicht eine Förderung der Exportindustrie, ohne dadurch die Landwirtschaft zu schädigen. Nach einer kurzen Pause erläuterte Oberinspektor Frick die Durchführung der Marktordnung bei Gartenbauerzeugnissen. Der Redner führte aus, wie sich die A. S. auf dem Spargelmarkt durchgeführte Vereinheitlichung bewährt hat und wie diese nach und nach auf die übrigen Gartenbauerzeugnisse ausgedehnt werden soll.

Aus Baden

Ein Schreckschuß, der ein Menschenleben kostete

8½ Jahre Gefängnis für einen Totschlag

* Heidelberg, 22. Mai. Vor dem Schwurgericht hatte sich in zweitägiger Verhandlung der 26jährige Adam Ernst aus Epfenbach wegen Totschlags zu verantworten.

Der Angeklagte hatte am 12. Januar d. J., wie seinerzeit berichtet, in Roßdorf bei Sinsheim auf einen 20jährigen Burschen, der gemeinsam mit anderen jungen Leuten auf den Angeklagten mit Schneeballen geworfen hatte, mit einem scharf geladenen Infanteriegewehr geschossen und so schwer verletzt, daß der junge Mann einige Tage später seinen Verletzungen erlag. Der Angeklagte will lediglich einen Schreckschuß abgegeben haben und beim Laden des Gewehrs in der dunklen Kammer statt der Platz- eine scharfe Patrone erwischt haben. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Angeklagte sich schon früher durch seine Leidenschaft für Waffen zu Verfehlungen hinreißen ließ, so daß er aus dem Postdienst ausscheiden mußte. Wiederholt mißhandelte er auch seine Frau und seine Kinder. Einmal hatte er seine Frau, die später Selbstmord verübte, mit dem Gewehrkolben bewußtlos geschlagen. Der Staatsanwalt betonte, daß der Angeklagte überführt sei, vorsätzlich gehandelt zu haben und beantragte eine Gefängnisstrafe von mindestens 8½ Jahren und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren.

Das Gericht erkannte demgemäß unter Zubilligung mildernder Umstände wegen Totschlags auf 8½ Jahre Gefängnis. Wegen des hartnäckigen Leugnens des Angeklagten werden von der erlittenen Untersuchungshaft nur 3 Monate angerechnet.

Beim Langholzfahren tödlich verunglückt

* Bühlertal, 22. Mai. Nachmittags fuhr ein Langholzfuhrwerk den Streitweg abwärts. Auf unerklärliche Weise geriet dabei der Begleitmann Emil Hermann von hier unter den beladenen Wagen. Das rechte Hinterrad ging ihm über Beine und Becken. Mit dem Sanitätswagen wurde der Verletzte in das Bühler Krankenhaus verbracht, wo er alsbald starb. Der Verunglückte war 47 Jahre alt und hinterläßt eine Witwe mit Kindern. Der Fall ist um so tragischer, als der Vater Hermanns ebenfalls beim Holzfahren ums Leben kam und die Witwe des jetzt Verunglückten ihren ersten Mann ebenfalls durch einen Unglücksfall verlor.

* Heidelberg, 21. Mai. In Wieblingen fiel ein 4jähriges Kind in einem unbewachten Augenblick in einen in der Nähe stehenden Waschkessel mit heißem Wasser. Mit erheblichen, jedoch nicht lebensgefährlichen Brandwunden mußte das Kind in die Klinik gebracht werden.

* Weinheim, 21. Mai. In den Bahnhofsanlagen stehen etwa zehn Zitronenbäume in voller Blüte.

L. Wiesloch, 22. Mai. Ueberaus groß war die Anteilnahme an der Beisetzung des im Alter von 45 Jahren verstorbenen Kaufmanns Ludw. Wolf. Nach der Grabrede von Stadtpfarrer Dürr, der noch einmal ein eingehendes Lebensbild von dem Verstorbenen entwarf, erfolgten die Kranzniederlegungen: die Ortsgruppe der NSDAP., der Gesangverein „Liederkranz", dessen Vereinsführer der Verstorbene 10 Jahre lang gewesen war, der Sängerkreis Heidelberg, der Einzelhandel Wiesloch und die Bezirkssparkasse Wiesloch. Der Gesangverein „Liederkranz" ehrte das verstorbene Ehrenmitglied durch Trauerchöre.

* Külsheim, 22. Mai. Hier ist die Masernkrankheit ausgebrochen. Bisher hatten größtenteils die nicht schulpflichtigen Kinder darunter zu leiden. Die Kinderschule mußte geschlossen werden.

Der Prozeß um die vorgetäuschte Trauung

Das Wiederaufnahmeverfahren im Falle Köhler vor der Großen Offenburger Strafkammer

* Offenburg, 22. Mai.

Am Nachmittag des ersten Verhandlungstages im Wiederaufnahmeverfahren gegen den französischen Staatsangehörigen Otto Köhler, der beschuldigt ist, die Jungin Elise von den Driesch verführt zu haben, indem er ihr eine Trauung vorspiegelte, kamen noch verschiedene ausländische Presseberichte zur Sprache, die diese Angelegenheit damals aufgegriffen haben, um die deutsche Rechtsprechung in den Schmutz zu ziehen. So wurde u. a. behauptet, die deutschen Richter hätten nur deshalb dieses Urteil gefällt, weil der Angeklagte Franzose sei. Der Vorsitzende bemerkte hierzu, daß es wohl kein deutsches Gericht gebe, bei dem Nationalität des Angeklagten ausschlaggebend sei, wenn dieser Angeklagte ohne jede Tatsachen Franzose geworden sei. Gegen Ende des ersten Tages wurde noch die Jungin Elise von den Driesch vernommen, die ihre Aussagen von den ersten Verhandlungen voll und ganz aufrecht erhielt, sie habe nichts zu berichtigen.

Zu Beginn des 2. Verhandlungstages wird die Oeffentlichkeit wegen Gefährdung der Sittlichkeit ausgeschlossen. Köhler schildert die näheren Vorgänge, die sich in den Jahren 1930 bis zur Trauung 1931 abgespielt haben. K. gibt an, wie er die Jungin Elise von den Driesch kennengelernt hat. Auch heute bestreitet K. wieder, daß er der Jungen nach kurzer Zeit ihrer Bekanntschaft klaren Wein eingeschenkt habe, ihr also gesagt habe, daß er bereits verheiratet sei. Des weiteren kommen zwei Reisen nach Berlin zur Sprache, die K. und die Jungin zusammen unternommen haben. K. behauptet, sie seien bei der ersten Fahrt im Schlafwagen gereist, zum Beweis legt er ein Notizbuch vor, in dem er alle Unkosten dieser Reise aufgezeichnet hat, und in dem auch ein Posten für zwei Schlafwagenkarten nach Berlin angeführt ist. Daß diese Karten tatsächlich gelöst worden sind, läßt sich nicht mehr beweisen.

Als nächster Zeuge wird Polizeikommissär i. R. Haas vernommen, der im Jahre 1927 in Kehl die ersten Erhebungen gemacht hat. Er gibt an, daß sowohl der Bruder der Jungin als auch diese selbst vollkommen niedergeschmettert gewesen seien, als sie durch Haas erfuhren, daß K. bereits verheiratet sei. Haas gibt weiter an, daß Elise von den Driesch tatsächlich den Eindruck gemacht habe, als ob sie erst zu diesem Zeitpunkt diese Kenntnis erhalten, also vorher nichts davon gewußt habe.

Elise von den Driesch, die nun vernommen wird, erzählt, wie sie K. kennengelernt habe. Ihre Aussagen sind klar und fest, sie kann sich natürlich nach dieser langen Zeit nicht mehr auf alle Einzelheiten besinnen, beruft sich aber auf ihre früheren Aussagen, die vorkommen der Wahrheit entsprächen. K. habe ihr nie von seiner Verheiratung gesagt, sie habe auch nie durch Dritte hiervon erfahren. Auch die verschiedenen Behauptungen des K. betr. der Berliner Reisen, daß sie im Schlafwagen gesessen seien usw. werden als vollkommen aus der Luft gegriffen hingestellt.

Aus der Pfalz

Schnellgüterverkehr Ludwigshafen-Mannheim-Frankfurt

* Ludwigshafen a. Rh., 22. Mai. Mit der Eröffnung der Reichsautobahn zwischen Frankfurt/Main und Darmstadt wurde auch zwischen Ludwigshafen (Rhein), Mannheim und Frankfurt/Main ein Schnellgüterverkehr in reichsbahneigenen Lastkraftwagen aufgenommen, der seine Fahrten um 20.10 Uhr in Ludwigshafen beginnt und um 6.20 Uhr in Frankfurt/Main Hauptgüterbahnhof beendet. In der Gegenrichtung fährt der Lastzug um 1.30 Uhr in Frankfurt ab, bedient zwischen 4.20 Uhr und 5.00 Mannheim und ist um 5.40 Uhr in Ludwigshafen (Rhein). Dadurch ist die Zustellung der mit ihm beförderten Fracht- und Eilgüterstücke schon bei der ersten Rollfahrt in den frühen Vormittagsstunden am Bestimmungsort in jeder Hinsicht gesichert.

Statt Gefängnis - Zuchthausstrafe

Abtreibungsprozeß vor dem Frankenthaler Schwurgericht

* Frankenthal, 20. Mai. In der am Montagvormittag begonnenen dritten Tagung des Schwurgerichts beim Landgericht Frankenthal stand als erster Fall die Anklage gegen die 37 Jahre alte Margarethe Bilm aus Frankenthal zur Verhandlung, die sich wegen gewerbsmäßiger Abtreibung zu verantworten hatte. Die seit 22. September 1934 in Untersuchungshaft befindliche Angeklagte war am 23. November 1934 vom Schwurgericht Frankenthal wegen eines fortgesetzten Vergehens der einfachen Abtreibung zu einer Gefängnisstrafe von 3 Jahren 6 Monaten verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte der Staatsanwalt Revision eingelegt, die vom Reichsgericht am 12. März 1935 als begründet anerkannt wurde. Das Urteil wurde aufgehoben und der Fall zur nochmaligen Verhandlung an das Schwurgericht Frankenthal zurückverwiesen.

Die Angeklagte hat in den Jahren 1926 bis 1934 in nicht weniger als 82 Fällen an Frauen und Mädchen Abtreibungshandlungen vorgenommen, wobei sie in der Hälfte der Fälle sich mit Geld und Kleidungsstücken bezahlen ließ. In der heutigen Verhandlung war die Angeklagte voll geständig, sie bestritt jedoch, daß sie sich eine Einnahmequelle verschaffen wollte, die Abtreibungen also gewerbsmäßig vorgenommen habe.

Der Staatsanwalt hielt die Angeklagte jedoch des fortgesetzten Verbrechens der gewerbsmäßigen Abtreibung für überführt und beantragte eine Zuchthausstrafe von 5 Jahren ohne Anrechnung der Untersuchungshaft. Nach längerer Beratung erkannte das Gericht auf eine Strafe von drei Jahren Zuchthaus abzüglich 7 Monate zwei Wochen Untersuchungshaft, ferner wurden der Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre aberkannt.

* Ludwigshafen a. Rh., 21. Mai. Gestern nachmittag schossen zwei Schüler von ihrer Wohnung in der Haardtstraße aus mit einem Luftdruckgewehr angeblich auf Spatzen. Dabei wurde ein durch die Uhlandstraße gehender Mann von einem Geschoß am Kopf getroffen. Das Geschoß blieb stecken und mußte auf operativem Wege entfernt werden.

* Lambrecht, 21. Mai. Der hiesige Tuchweber Jakob Hartmann hat in dreijähriger Arbeit in seiner Freizeit eine Konzertzither gebaut, deren Holzkörper lediglich aus Streichhölzern besteht. Insgesamt wurden zum Bau des Instrumentes 8000 solcher Hölzlein verwendet.

* Kaiserslautern, 22. Mai. Unter dem dringenden Verdacht, beim Elektrizitätswerk Unterschlagungen begangen zu haben, wurde der 30 Jahre alte Heinrich Busch von hier in Untersuchungshaft genommen.

Von einem Rind zu Tode getreten

* Lauf b. Bühl, 22. Mai. Im unteren Feld gegen Otterswiler zu ereignete sich am Dienstagmorgen ein schwerer Unglücksfall. Der 51jährige ledige Landwirt Hermann Falk wollte zusammen mit seinem Stiefbruder das Feld bestellen. Plötzlich scheute das junge Rind, warf Falk zu Boden und trat ihn so unglücklich ins Gesicht und in die Herzgegend, daß Falk in wenigen Stunden trotz sofortiger Operation im Scherzer Krankenhaus starb.

L. Kronenberg, 22. Mai. In geistiger und körperlicher Rüstigkeit konnte hier Frau Katharina Simon geb. Keller den 80. Geburtstag begehen.

* Neustadt im Schwarzwald, 21. Mai. Der Bezirksrat Neustadt genehmigte in seiner letzten Sitzung ein Gesuch des Staatssekretärs a. D. Dr. Euler, Feldberg, um Erlaubnis zum Betrieb eines Hotels auf dem Feldberg.

* Bonndorf i. Hochschwarzwald, 17. Mai. Das Gebiet des Hochschwarzwaldes, welches infolge des schlechten Futterertrages des vergangenen Jahres ungeheuer unter Futtermangel zu leiden hatte und zur Linderung der größten Not Tausende von Zentner Stroh und Heu zusehen mußte, darf für dieses Jahr mit einem sehr guten Futterertrag rechnen. Der Stand der Wiesen und Futteräcker ist wirklich vielversprechend. Die durch die Futterknappheit entstandenen Schäden im Viehbestand dürften somit einen, wenn auch noch geringen, Ausgleich erfahren.

* Lauenburg, 22. Mai. Das Lauenburger Schlößchen wurde am Sonntagmittag mit einer kleinen Feier seiner Bestimmung als erstes BDM-Umschulungslager übergeben. Die Weiherede hielt die Reichsreferentin Trude Mohr.

MARCHIVUM

SPORT DER NMZ

Teilnahmeberechtigt an den Olympischen Spielen ist, wer...

An den Olympischen Spielen 1936 in Berlin werden 49 Nationen teilnehmen, für die IV. Olympischen Winterspiele in Garmisch-Partenkirchen haben bisher 22 Länder ihre Beteiligung zugesagt, das sind also jetzt schon 4 mehr als 1932 in Lake Placid. 56 Staaten waren für Berlin eingeladen worden, als 56. kam nachträglich Island dazu, nachdem dort durch die Bildung eines Olympischen Komitees die satzungsgemäße Voraussetzung für die Zulassung geschaffen worden war. Nur ein einziges Land hat seine Beteiligung regelrecht abgesagt, Palästina, während von Bolivien und Paraguay, die in im Krieg miteinander liegen, von Guatemala, San Salvador und Nikaragua, also mittelamerikanischen Kleinstaaten, sowie Kuba und Venezuela keinerlei Mitteilung eingelaufen ist. In der Liste der Teilnehmer fehlen u. a. Litauen und Rußland. Diese beiden Staaten sind überhaupt nicht eingeladen worden, weil mangels des Vorhandenseins eines Olympischen Komitees keine Möglichkeit dafür gegeben war. Manche werden vielleicht auch fragen, warum denn z. B. die Deutschen in der Tschechoslowakei, die doch deutschen Blutes und Rasse seien, für die Tschechoslowakei starten müßten statt für das Land ihres Volkstums, also Deutschland, warum die deutschen Südtiroler für Italien, während andererseits z. B. die Inder, die doch staatsrechtlich unter englischer Herrschaft stehen, olympischer Bestimmung gemäß als selbständige Nation sich beteiligen können.

Auf alle diese Fragen geben die Bestimmungen über das Internationale Olympische Komitee, über die Rechte und Pflichten des IOK, der nationalen Olympischen Komitees und der internationalen Verbände sowie besonders die Allgemeinen Bestimmungen für die Feier der Olympischen Spiele, ergänzt durch urkundlich festgelegte Beschlüsse, erschöpfende Auskunft. Generalsekretär Dr. Diem, einer der besten Kenner der olympischen Materie, hat die Frage der Teilnahmeberechtigung an den Olympischen Spielen, sowohl was die Staaten wie die einzelnen Sportsleute anbelangt, im Reichssportblatt zum Gegenstand von Ausführungen gemacht, die, weil nämlich darüber vielfach Unkenntnis herrscht, allgemeine Verbreitung verdienen und des Interesses nicht ermangeln.

In den Ausführungsbestimmungen, den „Allgemeinen Regeln für die Feier der Olympischen Spiele", wird die Einladung der einzelnen Länder zu den Olympischen Spielen dem Organisationskomitee übertragen. Dieses ist dafür verantwortlich, die Liste der einzuladenden Nationen ist aber von der Zustimmung des Vorstandes des IOK abhängig. Es dürfen mithin nur solche Nationen eingeladen werden, die das IOK als „olympische" anerkennt. Dafür gilt als äußere Voraussetzung, daß das betreffende Land ein vom IOK anerkanntes nationales olympisches Komitee besitzt. Es besteht allerdings die Möglichkeit, daß ein olympisches Komitee mehrere Länder gemeinsam vertreten kann, wie dies z. B. für einige mittelamerikanische Republiken der Fall ist. Island konnte z. B. für die Olympischen Spiele 1936 erst nachträglich eingeladen werden, nachdem dort ein nationales olympisches Komitee gebildet worden war, während Litauen und Rußland mangels dieser Voraussetzung schon aus diesem Grunde nicht teilnehmen können.

Von dieser äußeren Voraussetzung, dem Besitz eines nationalen olympischen Komitees, abgesehen, schaltet das IOK in der Anerkennung olympischer Nationen durchaus souverän. So wurden in Anerkennung des sportlichen Eigenlebens dieser Völker schon vor dem Krieg trotz Einspruch von Rußland und Oesterreich z. B. Finnland und Böhmen als olympische Nationen anerkannt, so starten die großen Dominien des Britischen Weltreichs unter eigener Flagge, ebenso Indien, obwohl es keinen Dominienstatus hat, sondern staatsrechtlich zu England gehört. Dagegen hat Neufundland, obwohl es als Dominium anerkannt ist, keine olympische Vertretung, ebenso wenig wie Marokko, dessen Athleten, obwohl ihr Land nur unter der Schutzherrschaft Frankreichs steht, abgesehen davon, daß es kein olympisches Komitee besitzt, für Frankreich starten müßten. Persien, das heutige Iran, fehlt 1936, weil es kein olympisches Komitee besitzt; möglicherweise wird die Bildung eines solchen nachgeholt; einer Teilnahme würde dann nichts entgegenstehen.

Und wie ist es mit den einzelnen Sportleuten? Voraussetzung hierfür ist einmal die Staatsangehörigkeit, zum andernmal die Amateureigenschaft. Ein Athlet kann für ein Land, welches er vertreten soll, nur starten, wenn er von Geburts wegen oder durch Erwerb die Staatsangehörigkeit dieses Landes besitzt. Wer einmal an olympischen Spielen teilgenommen hat, kann an folgenden nicht für ein anderes Land starten, selbst wenn er inzwischen durch Einbürgerung dessen Nationalität erworben hätte. Eine Ausnahme bildet lediglich die vertraglich vollzogene Eroberung oder Neuschaffung eines Staates.

Die zweite Bedingung ist die Amateureigenschaft im Sinne der für die Olympischen Spiele geltenden Bestimmungen. Er muß sie durch Leistung des olympischen Eides bei der Eröffnungsfeier bekräftigen. Außerdem muß der nationale Fachverband die Amateureigenschaft bescheinigen und das nationale olympische Komitee sie gegenzeichnen. Eine Uebertretung dieser sehr streng genommenen Bestimmung würde für das betreffende Land schwerste Folgen haben; würde ein Fachverband der Beteiligung an einem Amateur-Betrug überführt werden, so würde nicht nur die Sportmannschaft dieses Fachs, sondern die ganze Nation aus der Liste der Spieler gestrichen werden. Das IOK läßt zunächst die Amateur-Bestimmungen der internationalen Fachverbände gelten, setzt ihnen aber zwei Grundforderungen entgegen, indem es denjenigen ausschließt, der 1. wissentlich seinen Sport oder einen anderen berufsmäßig ausübt oder ausgeübt hat; 2. für Verdienstentgang eine Entschädigung angenommen hat.

In der Erläuterung dazu heißt es, daß ein Urlaub, der nicht den jeweiligen Berufsverhältnissen üblich ist oder unter solchen Bedingungen anläßlich der olympischen Spiele gewährt wird, nicht unter diese Vorschrift fällt, vorausgesetzt, daß er nicht in verschleierter Form eine mittelbare oder unmittelbare Entschädigung zum Verdienstentgang in sich schließt. Den scheinbar unsozialen Unterschied zwischen Lohnempfänger, denen ausgefallene Arbeitstage nicht bezahlt werden, und Angestellten mit Monatsgehalt, denen bei Urlaub kein Abzug widerfährt, läßt das IOK nicht gelten. Die Gegensätzlichkeit zwischen Arbeitern und Angestellten besteht auch längst nicht mehr so wie früher, denn in den kultivierten Ländern gibt es eine soziale Gesetzgebung, die jedem einen Urlaub sichert. Das wird sich mit wachsendem sozialem und sportlichem Verständnis noch bessern, und hier ist der Hebel anzusetzen, nicht in Aufhebung des Amateur-Paragraphen, des Schutzwalls gegen Raubbau an jugendlichen Leibern und Seelen. Auch hierin liegt eine Bedeutung der Olympischen Spiele.

Württembergs Jungliga-Elf

Für das Spiel der beiden Jungliga-Auswahlmannschaften von Württemberg und Bayern am kommenden Sonntag 26. Mai, im Ulmer Stadion hat der Fußballsport des Gaues Württemberg folgende Mannschaft aufgestellt:

Tor: Keller (Stuttgarter Kickers); Verteidigung: Schaller (Ulmer FV 94), Beßeler (Stuttgarter Kickers); Läuferreihe: Henner (1. SSV Ulm), Diehl (Sportfr. Eßlingen), Mohn I (1. SSV Ulm); Angriff: Kren (Stuttgarter Kickers, Knerr (Sportfr. Stuttgart), Seeh (SV Kornwestheim), Fürchter (SV Feuerbach), Schäbler (Ulmer FV 94). Als Ersatzspieler stehen Hobelmaier (Sportfr. Stuttgart, Schmitt (Ulmer FV 94) und Sing (SG Eßlingen) zur Verfügung.

Fußball im Bezirk Südhessen

Die sportliche Ausbeute des Sonntags war in unserem Bezirk sehr gering. Die Einweihung der Autobahn, welche ja in unserer unmittelbaren Nähe vor sich ging, ließ die Anhänger in vielen Sonderzügen dorthin eilgern, so daß die meisten Vereine für diesen Tag keine Spielabschlüsse tätigten.

VfR Bürstadt mußte zum Spiel um den Vereinspokal bei Wormatia Worms antreten. Die Wormser nahmen die Sache sehr ernst und spielten in stärkster Aufstellung, da man den eifrigen Bürstädtern nicht trauen konnte. Lediglich Fath war nicht zur Stelle. Die Vorsicht der Wormser kam nicht von ungefähr, denn beinahe hätten die Bürstädter für eine Ueberraschung gesorgt. Lange genug stand es für Worms recht schlimm, zumal die Gäste noch in Führung gingen und mit 1:0 die Plätze wechselten. In der zweiten Hälfte leisteten die Leute vom Ried den gleichen Widerstand, aber Eckert sorgte doch für den Ausgleich, so daß eine Verlängerung notwendig wurde. In der 27. Minute der Verlängerung fiel dann für Worms das siegbringende Tor.

Auch im Spiel Weißkirchen — Dieburg war eine Verlängerung notwendig, wobei Dieburg mit 5:3 das bessere Ende für sich behalten konnte.

Olympia Lampertheim weilte zum Privatspiel in Weinheim und mußte dort eine empfindliche Niederlage erleben. Mit reichlich Ersatz antretend verlor Lampertheim mit nicht weniger als 0:9. — Olympia Lorsch hatte eine kombinierte Mannschaft vom SpV Waldhof zu Besuch und gewann über dieselbe mit 3:1. — Alemannia Worms machte Besuch bei 08 Ludwigshafen und siegte 3:2. — Heppenheim fuhr nach Biblis und verlor 3:4. — In Bensheim wurde der Nachwuchs geprüft. Es standen sich die Jungliga Ried und der FC 07 Bensheim gegenüber. Nach beiderseits schönen Leistungen trennte man sich mit 2:2. Die Jungliga setzte sich aus Spielern von Gernsheim, Heppenheim, Hofheim, Biebesheim, Lorsch und Bobstadt zusammen.

—h—

Am Ende des Rugbyjahres

Rugby-Führertagung in Köln

Am Sonntag treten der Verbandsführer und seine Mitarbeiter in Köln zur jährlichen Arbeitstagung zusammen, auf welcher zunächst der Jahres- und Kassenbericht erstattet werden. Der Jahresbericht, der wieder gedruckt vorliegt und im amtlichen Organ veröffentlicht wird, zeigt, daß der Rugbysport auch im abgelaufenen Jahr einen Schritt weiter gekommen ist. Trotz der Schwierigkeiten, die sich der Ausbreitung dieser immer noch oft verkannten Sportart in den Weg stellen, ist die Zahl der Rugbyvereine um zehn neu hinzugetretene vermehrt worden. Außerdem hat der Rugbysport in der deutschen Marine festen Fuß gefaßt, und es gibt auch eine Reihe von SA- und SS-Mannschaften, namentlich in Sachsen, die den Rugbysport als männlichen Kampfsport schätzen und eifrig ausüben.

Obgleich dem Deutschen Rugby-Fußball-Verband nur 71 Vereine angehören, hat er doch wieder ein sehr reges Spielprogramm durchgeführt. Das abgelaufene Spieljahr wurde als Werbejahr betrachtet (unter Ausschluß einer Meisterschaft), so daß alle Kräfte auf die Leistungssteigerung konzentriert werden konnten. Daß die Spielweise sich wesentlich verbessert hat, geht vor allem aus den Leistungen der National-Mannschaft hervor, deren Können sich in den letzten Jahren bedeutend gehoben hat. Sie hat zwar gegen unseren stärksten Gegner, gegen Frankreich, in Paris verloren, aber verhältnismäßig knapp, wobei berücksichtigt werden muß, daß die Dreiviertelreihe infolge Erkrankung einiger Spieler fast ganz neu aufgeboten werden mußte. Dagegen hat sie (als „Nord-Südmannschaft" in etwas veränderter Aufstellung) die starke Gewinnmannschaft von Lyon in Heidelberg geschlagen und in Lyon unentschieden gespielt, ferner hat sie gegen Elsaß-Lothringen überlegen gewonnen und in vier Probespielen die Gaumannschaften von Sachsen, Niedersachsen, Südwest und Baden — teilweise mit erheblichem Punktunterschied — geschlagen. Auch die nationale B-Mannschaft war in den Länderspielen gegen Tschechoslowakei und Holland siegreich. Zahlreich waren die Spiele, die von den Gauen und Vereinen gegen ausländische Mannschaften — gegen Franzosen, Holländer und Schweizer — geliefert wurden. Von wenigen Niederlagen gegen einige Mannschaften der französischen Extraklasse abgesehen, wurden alle Treffen gewonnen. International steht der deutsche Rugbysport heute auf dem Festland in knappem Abstand hinter Frankreich vor allen übrigen Ländern.

Zahlreich waren ferner auch die Spiele der einzelnen Gaue unter sich. Auf den Kampfspielen in Nürnberg trugen die vereinigten Gaue von Nord- und Süddeutschland das traditionelle Nord-Süd-Spiel aus, das diesmal vom Norden mit 19:11 gewonnen wurde. An Stelle einer Meisterschaft wurden teilweise in einzelnen Gauen Pflichtspiele durchgeführt, während andere Gaue sich vor allem den Freundschaftsspielen widmeten und ihre Mannschaften für Werbespiele zur Verfügung stellten.

Das kommende Spieljahr, das offiziell am 15. August beginnt, bringt die Wiedereinführung der deutschen Meisterschaft, an welcher die Vereine von acht Gauen teilnehmen, so daß acht Gaumeister ausgespielt werden, die sich im Frühjahr 36 in der Vorrunde der Endspiele begegnen. Der Austragungsort des Endspiels hängt von den Ergebnissen der Zwischenrunde ab. Neben der Meisterschaft soll die Werbung auf breiter Ebene gepflegt werden; Gau- und Werbespiele sind bereits vorgesehen. Der Förderung der Jugend dienen die Jugendtage der Gaue. Außerdem soll versucht werden, Gauspiele mit Jugendmannschaften durchzuführen. An Länderspielen hat die A-Mannschaft das jährliche Spiel gegen Frankreich, das am 29. März 1936 in Hannover stattfindet, durchzuführen, ferner nimmt sie am Vierländerturnier im Mai 1936 in Berlin teil und trägt das jährliche Herbstspiel in Lyon aus. Die B-Mannschaft hat gegen Holland und möglicherweise auch gegen Belgien zu kämpfen. Daneben liegen schon eine Reihe anderer, teilweise auch internationaler Kämpfe fest, so daß das kommende Spieljahr ebenso lebhaft zu werden verspricht wie das abgelaufene.

Der gedruckt vorliegende Kassenbericht zeigt wieder einmal, daß im deutschen Rugbysport mit kleinen Mitteln allerlei geleistet wird. Ehrenamtliche Führung aller Aemter und sparsame Bewirtschaftung ermöglichten eine recht erfreuliche Bereitstellung von Mitteln für die rein sportlichen Zwecke, die Anschaffung eines Lehrfilms, die Unterstützung der Gaue und Vereine bei Gau- und Werbespielen usw.

Der Verbandsführer Meister-Heidelberg, seine engeren Mitarbeiter und die Gauführer werden daher in Köln auf ein erfolgreiches Arbeitsjahr zurückblicken können. Die Beratungen für das kommende Spieljahr werden den Hauptteil der Führertagung in Anspruch nehmen. Ein vom Verbandsführer ausgearbeitetes Spielprogramm wird diese Beratungen wesentlich erleichtern.

Zum sportlichen Abschluß der Tagung findet am Sonntag, den 26. Mai im Kölner Stadion im Rahmen der „Sportwerbewoche" ein Gauspiel zwischen der Mannschaft des Gau Baden und der beiden Gaue Mittelrhein und Niederrhein statt, das dem rheinischen Rugbysport einen guten Werbedienst leisten wird.

Olympia-Flagge zum erstenmal gehißt Europa-Bildmaterndienst

Anläßlich einer Besichtigung des im Bau befindlichen Olympischen Dorfes bei Berlin durch Vertreter der Deutschen Regierung und des Organisations-Komitees wurde zum erstenmal auf dem Baugelände die Olympische Flagge gehißt.

Deutschlandflug 1935

Wiederum rüsten die Flugsportler zum Wettbewerb des Deutschen Luftsportverbandes um den Wanderpreis des Herrn Reichsministers der Luftfahrt, General Göring. Vom 26. Mai bis 1. Juni 1935 wird der „Deutschlandflug 1935" durchgeführt. Höchster Gemeinschaftssinn der Deutschen Sportflieger, angefangen beim einfachen Hilfsmonteur bis zum bedeutendsten Flugzeugführer sollen die gegenseitige Verbundenheit zum Ausdruck bringen. Jeder wird an seinem Platz das Beste hergeben müssen, um den Erfolg des ganzen zu sichern. Der große, rein nationale Flug wird in seiner diesjährigen Form der höchste Ausdruck deutscher Arbeitsgemeinschaft sein. Dementsprechend sind auch die Aufgaben der einzelnen beteiligten Gruppen. Für die

Flugzeugführer

ist die Hauptaufgabe das vollkommen einwandfreie Fliegen in einem Verbande. Geflogen wird in Kette mindestens zu 6 und höchstens zu 9 Flugzeugen. Entsprechend der Verbandsstärke und der Flugzeugmuster muß eine vorgeschriebene Mindestgeschwindigkeit eingehalten werden. Der Flug soll kein Wettfliegen sein. Für die

Orter

stellt der Deutschlandflug besondere Aufgaben. Sie bestehen in der Hauptsache im Auffinden ausgelegter Sichtzeichen. Außerdem erhalten sämtliche im Verband mitfliegenden Orter noch Sonderaufträge, wie Feststellung von Kolonnen auf bestimmten Straßen, in Orten u. ä. — Flugzeugführer und Orter können auch Einzelaufträge erhalten, die ein Auflösen des Verbandes erfordern, so daß die Flugzeuge in verschiedenen Richtungen ihren Weg nehmen und sich doch wieder bis zu einem bestimmten Punkt zusammenfinden müssen. Dem

Bodenpersonal

obliegt einerseits die Kontrolle der für die Verbände vorgeschriebenen Bedingungen und anderseits die Wartung und evtl. notwendig werdenden kleinen Reparaturen der Flugzeuge. Oel und Brennstoff muß auf den Landeplätzen jeweils in kürzester Frist aufgefüllt werden können. Das An- und Abrollen nach der Landung und vor dem Start erfordert größte Aufmerksamkeit.

Für die Kontrolle und Beurkundung der Bedingungen an einer „Wendemarke" sind etwa 10 Mann mit Stoppuhren, Ferngläsern, Fernsprechern usw. notwendig. Wendemarke ist ein Punkt, an welchem die aus der Anflugrichtung kommenden Flugzeuge an einer bestimmten Stelle nach einer festgelegten Richtung abbiegen müssen. Das Ueberfliegen einer solchen Stelle muß geschlossen in 20 bis 50 Meter Höhe erfolgen. An

Flugzeugen

sind nur Sportflugzeuge zugelassen, bei denen sämtliche Teile (Rumpf, Fläche und Motor) deutscher Herstellung sind. Flugzeuge eines Verbandes müssen alle von gleichem Baumuster und gleicher Motorstärke sein. Im Übrigen wird noch unterschieden in Verbände A und B. Bei den A-Verbänden dürfen nur Besatzungen bis zu 30 Jahren und bei B nur über 30 Jahre teilnehmen.

Sieger des Wettbewerbs

und damit Gewinner des Wanderpreises des Herrn Reichsministers der Luftfahrt, Göring, wird derjenige Bewerber, welcher dem nach der Ausschreibung bestbewerteten Verband in der A-Klasse gemeldet hat. Außerdem erhalten die 10 besten Verbände Ehrenpreise.

Ferner hat der „Völkische Beobachter" Ehrenpreise im Gesamtwert von 25 000 RM. gestiftet. Diese verteilen sich auf die Besatzungen, die im Verbandsfliegen am besten bewertet werden. Für besondere Leistungen von Verbandsführern, für besondere Einzelleistungen von Flugzeugführern und Ortern, für besondere Beweise von Kameradschaft, für hervorragende Leistungen von Flugzeugwarten sind weitere Ehrenpreise ausgesetzt. Für die Besatzungen der Altersklasse B gibt es besondere Erinnerungszeichen. Alle Teilnehmer des Deutschlandflugs erhalten bei Durchhalten im ganzen Wettbewerb „Die Deutschlandflug-Plakette" und eine Urkunde.

Die Strecke des Deutschlandfluges

führt in 6 Tagen von Berlin über Dresden — Görlitz — Kreuzburg — Breslau — Guben — Frankfurt a. O. — Schneidemühl — Rummelsburg — Lauenburg — Kokoschken — Danzig — Heiligenbeil — Allenstein — Ortelsburg — Lyck — Insterburg — Tilsit — Rossitten — Cranz — Königsberg — Stutthof — Bukowin — Stolp — Swinemünde — Stettin — Hamburg — Kiel — Flensburg — Westerland — Wyk — Büsum — Wesermünde — Bremen — Osnabrück — Dortmund — Duisburg — Gladbach — Erkelenz — Aachen — Köln — Bonn — Coblenz — Trier — Saarbrücken — Mannheim — Heidelberg Karlsruhe — Stuttgart Offenburg — Freiburg — Konstanz — Bad Tölz — München — Passau — Regensburg — Wunsiedel — Meiningen — Erfurt — Chemnitz — Leipzig — Halle — Magdeburg — Brandenburg, wieder zurück nach Berlin. Nach dem besonderen Wunsch des Herrn Reichsministers der Luftfahrt werden vorwiegend kleinere Plätze angeflogen. Auf den ersten 5 Tagesstrecken mit durchschnittlich 1000 Km. sind jeweils eine Anzahl Zwangslandeplätze eingelegt. Um die Verbundenheit der deutschen Sportfliegerei mit der Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen, wird die Besatzung jeweils am Endflughafen eines Tages in Privatquartieren untergebracht.

Am letzten Tage fliegen sämtliche Verbände über eine Strecke von ca. 400 Km. gemeinsam unter Führung des Herrn Staatssekretärs der Luftfahrt, Generalleutnant Milch, von Erfurt nach Berlin-Tempelhof, wo am Abend des 2. Juni die Preisverteilung im Festsaal „Rheingold" in Berlin stattfindet.

Da Mannheim am 31. Mai 1935 für einen Teil der Verbände als Zwangslandeplatz und für den anderen Teil als Wendemarke vorgesehen ist, werden auch wir hier Zeugen dieses herrlichen und edlen Wettbewerbs Deutscher Sportflieger sein können. Wünschen wir daher heute schon, daß vor allem der Wettergott unseren Fliegern zu diesem Unternehmen seine Huld schenken möge.

A. Freytag.

Leichtathletik und Reichs-Sportwerbewoche

Leichtathletik ist die Grundlage der körperlichen Ausbildung und Grundlage jeder Spezial-Sportart. Das Fachamt Leichtathletik versucht deshalb, zum Beginn der Wettkampfzeit 1935 möglichst vielen Volksgenossen (und vor allem der Jugend) Wert und Wesen der Leichtathletik zu vermitteln. Das soll in der Hauptsache durch die praktische Tat, d. h. durch umfassenden und ausgedehnten Wettkampfbetrieb erfolgen. In den Kämpfen werden die Verantwortlichen von Behörden und Partei eingeladen. Die Jugend erhält grundsätzlich zu allen Veranstaltungen freien Eintritt.

Am 25. und 26. Mai führen sämtliche Kreise Bahnstaffeltage durch, in deren Rahmen die Kreis-Meisterschaften in den Bahnstaffeln über 4 mal 100 Meter, 4 mal 400 Meter und 4 mal 1000 Meter ausgetragen werden.

Am 1. und 2. Juni finden die Olympia-Prüfungskämpfe (meist mit einem Rahmenprogramm) für die Männer sämtlicher Gaue in Stolp, Berlin, Dresden, Hannover, Wuppertal, Frankfurt, Stuttgart und Nürnberg statt. Die Frauen finden sich an den gleichen Tagen zu den Prüfungen in Berlin, Hamburg, Wuppertal, Ulm, Kassel und Leipzig zusammen.

An allen Orten mit Leichtathletikbetrieb werden Wettkämpfe durchgeführt. Sowohl am 25. und 26. Mai wie am 1. und 2. Juni kommen in allen Gauen die Klubkampfrunden um die Deutsche Vereinsmeisterschaft zum Austrag.

Während der Werbewoche rufen die Leichtathletikabteilungen einmal (das kann an einem Trainingsabend geschehen) ihre Freunde und Anhänger zusammen, erläutern Sinn und Ziel der Arbeit mit Hinblick auf 1936. Jeder Aktive, jedes Vereinsmitglied versuche, mindestens einen neuen Anhänger der Leichtathletik zuzuführen.

Die Veranstaltungen des 26. Mai bzw. 2. Juni werden von den Reichssendern bzw. dem Deutschlandsender übernommen.

Dr. von Halt teilt mit....

Um Irrtümer richtig zu stellen, weist der Fachamtsleiter Dr. von Halt darauf hin, daß am 1. und 2. Juni — dem Tag der deutschen Leichtathletik — selbstverständlich alle leichtathletischen Werbeveranstaltungen stattfinden. Dabei ist ganz gleichgültig, ob gleichzeitig andere Veranstaltungen im Rahmen der Reichssportwerbewoche durchgeführt werden.

6 Leichtathletik-Länderkämpfe 1935

Wer glaubte, daß das Länderkampf-Programm 1934 nicht überboten werden könne, wird durch das Programm für 1935 eines anderen belehrt. Aus den harten Prüfungen 1934 (u. a. Europameisterschaften, Finnland, Schweden usw.) sind unsere Leichtathleten so kampfbewährt hervorgegangen, daß das Fachamt Leichtathletik es wagen konnte, die internationalen Vereinbarungen nunmehr noch umfassender zu gestalten. Entsprechend dem Wettkampfaufbau 1935 werden zu den einzelnen Länderkämpfen in weitestgehendem Maße Nachwuchstalente herangezogen werden.

Die feststehenden Termine sind:

28. Juli Schweiz — Deutschland in Zürich

11. August: Deutschland — England in München.

24./25. August: Finnland — Deutschland in Helsingfors.

25. August: Deutschland — Polen (Frauen) in Dresden.

31. August/1. September: Vierländerkampf Schweden — Italien — Ungarn — Deutschland in Berlin

15. Sept.: Frankreich — Deutschland in Paris

Eine Serie von Verbands-Länderkämpfen (über die Verhandlungen noch schweben) wird dieses Standard-Programm ergänzen.

Die Teilnahme der Adlerwerke an den Wiesbadener Motorsportkämpfen

Die Adlerwerke nehmen auch in diesem Jahr an den vom 28. bis 30. Mai stattfindenden Motorsportkämpfen in Wiesbaden teil. Paul v. Guilleaume, Frau von Bohr und Rud. Hasse-Mittweida starten auf Adler Trumpf 1,7 Liter und nehmen ebenfalls wie Juchat jr. und Hauptmann Wimmer, die auf Adler Diplomat starten, an der „Deutschen Zuverlässigkeitsfahrt" und an der „Hochleistungsprüfung" teil, während Paul Schreiber auf Adler Trumpf 2 Liter nur die „Hochleistungsprüfung" mitfährt.

Während der motorsportlichen Wettkämpfe wird der Trumpf-Junior, mit dem auf der Berliner Avus 13 neue internationale Klassenrekorde aufgestellt wurden, in der Nähe des Wiesbadener Kurhauses zur Schau gestellt.

HANDELS- UND WIRTSCHAFTS-ZEITUNG

Mittwoch, 22. Mai 1935 — der Neuen Mannheimer Zeitung — Abend-Ausgabe Nr. 233

Deutsche Schiffsbeleihungsbank AG. Hamburg

Die Deutsche Schiffsbeleihungs-Bank AG., Hamburg, geht in ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1934 wieder ausführlich auf die Lage der deutschen Schiffahrt ein. Die anhaltende Belebung des Binnenmarktes hat auch im abgelaufenen Jahre nicht verfehlt, ihre günstigen Wirkungen auf die Binnenschiffahrt auszuüben, und die seit dem Vorjahr zu beobachtende langsame Besserung hat unverändert angehalten. Zwar hat die durch die trockene Witterung des vergangenen Sommers ungewöhnlich ausgedehnte Kleinwasserperiode die Erträgnisse der Binnenschiffahrt stark beeinträchtigt, trotzdem ist das Gesamtergebnis als nicht unbefriedigend zu bezeichnen. Demgegenüber sind die Verhältnisse in der Seeschiffahrt schwierig geblieben. Hier ist das Institut hauptsächlich an der Küstenschiffahrt interessiert und glaubt, auf diesem Gebiete trotz aller äußeren ungünstigen Umstände eine kleine Aufwärtsbewegung feststellen zu können. Bezüglich der eigentlichen Seeschiffahrt verweist der Bericht darauf, daß die Reichsregierung für die dringend erforderliche Modernisierung der Frachttonnage einen entscheidenden Schritt getan hat, indem sie für die Gewährung von Krediten auf in Deutschland erbaute neue Frachtschiffe Mittel zur Verfügung gestellt hat. An der Durchführung dieser Aktion ist die Bank mitbeteiligt worden. Die Vorarbeiten für die neue Kreditaktion waren am Jahresende bereits lebhaft im Gange, die Aktion selbst, die für die deutschen Werften einen begrüßenswerten Zuwachs an Beschäftigung bringt, wird für das Institut jedoch erst im laufenden Jahre in die Erscheinung treten. Weiter wird darauf verwiesen, daß das Schutzgesetz für die Binnenschiffahrt ab 21. Oktober 1934 nach mancher Richtung hin aufgelockert ist, so daß in schwerwiegenden Fällen gefährdete Gläubigerinteressen besser geschützt werden können. Es sei zu hoffen, daß das Schutzgesetz, das in Zeiten einer schweren Wirtschaftskrise zweifellos seine Berechtigung hatte, im laufenden Jahre aufgehoben wird, womit nach Auffassung der Bank den berechtigten Interessen einer ordnungsmäßig geleiteten Binnenschiffahrt selbst am meisten gedient sein würde.

Das am 21. Oktober 1934 in Kraft getretene Schiffsbankgesetz erforderte eine erhebliche Umstellung im Betrieb. Das Angebot der gesetzlichen Zinskonversion für die Pfandbriefe des Instituts ist von allen Pfandbriefbesitzern anstandslos angenommen worden. Die Bank hofft, daß durch ihre Zinsermäßigungspolitik auch das Schiffsbeleihungsgeschäft auf der ganzen Linie gefördert werden wird. Im abgelaufenen Jahre lag bei der Bank das Schwergewicht der Beleihungen in der Binnenschiffahrt. In der Mehrzahl der Fälle handelt es sich dabei um Beleihungen, die in Unterstützung des Arbeitsbeschaffungsprogramms für Instandsetzungen und Modernisierungen geeigneter Binnenschiffe gewährt wurden. Auch zur Beschaffung der außer den staatlich bereitgestellten Zuschüssen für die Ausführung dieser Arbeiten erforderlichen Mittel stellte die Bank Kredite in größerer Zahl zur Verfügung. Bei den Seeschiffsbeleihungen handelt es sich ausschließlich um Küstenschiffe. An Pfandschiffe waren an Darlehen 4,62 (4,57) Mill. ℳ begeben. Der Umlauf an Goldschiffspfandbriefen betrug [illegible] Mill. ℳ. Einschließlich 32 [illegible] (27 [illegible]) ℳ Vortrag ergibt sich ein Reingewinn von 106 628 (102 207) ℳ, aus dem wieder 4 v. H. Dividende auf das eingezahlte AK. verteilt werden. O. HV. 29. Mai.

Gesunde Geldverhältnisse oberstes Ziel der Reichsbank

In der Hauptversammlung der Deutschen Golddiskontbank nahm Reichsbankpräsident Dr. Schacht zu der bereits gemeldeten Wiedereinführung von Sola-Wechseln Stellung. Die Begebung dieser Wechsel ist sofort erfolgen. Dr. Schacht gab einen Ueberblick über die Lage am Geldmarkt, die der Schaffung eines [illegible] Anlagemarktes bedinge. Hier wolle die Golddiskontbank einspringen und benutze dazu das Mittel der Begebung von Sola-Wechseln, durch die die übrigen Geldmarktmittel aufgesaugt und den Banken liquideste Mittel geboten werden. Auch die Sola-Wechsel sollen genau wie Privatdiskonte wirken.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht wandte sich sodann in aller Schärfe gegen die böswillige und absolut irreführende Mitteilung einer großen holländischen ausländischen Nachrichtenagentur, die zu behaupten wagte, diese Begebung von Sola-Wechseln bedeute den Anfang der Inflation in Deutschland. Die Reichsbank ist in allen ihren Maßnahmen, so sagte er, absolut auf die Aufrechterhaltung gesunder Geldverhältnisse aus und von dieser Linie wird sie sich unter keinen Umständen abdrängen lassen. Es ist selbstverständlich, daß im Laufe der Zeit die Arbeitsbeschaffungswechsel durch Reichsanleihen und langfristige Finanzierungsaktionen konsolidiert werden müssen. Aber das wird alles zu seiner Zeit geschehen und in einer Form, die jede Beunruhigung auf dem Geld- und Kapitalmarkt fernhält. Der deutsche Sparer und das deutsche Kreditwesen kann sich darauf verlassen, daß die Reichsbank alles tun wird, die gesunden Verhältnisse im Finanzwesen aufrechtzuerhalten.

⊙ **Mannesmann-Röhrenwerke, Düsseldorf.** Berlin, 22. Mai. (Eig. Meld.) In der HV. wurde der bekannte dividendenlose Abschluß für das Geschäftsjahr 1934 einstimmig genehmigt. Ergänzend zu den Mitteilungen des Geschäftsberichts führte Generaldirektor Dr. Zangen u. a. aus, daß das neue Jahr bei anhaltend günstiger Mengenentwicklung die Eisenverbände und Werke vor mancherlei Probleme gestellt hat. Seit dem Ende des kontinentalen und internationalen Röhrenkartells widme sich der Deutsche Röhrenverband ohne Bindung an Dritte dem Ausfuhrgeschäft mit besonderem Interesse und erheblichem mengenmäßigem Erfolg. Dieser Erfolg bedürfe natürlich einer großen Opferbereitschaft nicht nur aller an der Ausfuhr Beteiligten, sondern überhaupt aller gewerblichen Kreise, denn der Kampf auf dem Absatzmarkt werde naturgemäß von sämtlichen Nationen nunmehr mit aller Schärfe geführt werden. Die Gesellschaft habe in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres die Erzeugung an Blöchen und Röhren steigern können und außerdem durch den Röhrenwerk ihres alten Werkes Bous an der Saar ihre Bedeutung als Röhrenwerk erneut betont.

⊙ **Beton- und Monierbau-AG., Berlin.** Berlin, 22. Mai. (Eig. Dr.) In der o. HV. wurde der Abschluß für das am 31. Januar 1935 endende Geschäftsjahr widerspruchslos genehmigt und gemäß dem Verwaltungsbeschluß die Verteilung einer Dividende von 6 (4) v. H. beschlossen. An Stelle des im Juni 1934 ausgeschiedenen AR.-Mitgliedes, Staatsrat Friedrich Reinhart, wurde Dir. Paul Marx (Commerz- und Privatbank) in den AR. neu gewählt. Ueber das laufende Geschäftsjahr wurde von der Verwaltung ausgeführt, daß weiter erfreuliche Auftragseingänge zu verzeichnen sind, so daß das Unternehmen ausreichend beschäftigt ist. Die Konjunktur im Baugewerbe sei zwar eine ausgesprochene Mengenkonjunktur, die Preise seien knapp, aber auch bei den bescheidenen Preisen sei mit einem wieder befriedigenden Ergebnis zu rechnen.

* **Frankenthaler Volksbank AG., Frankenthal (Pfalz).** Die Bank berichtet in ihrem 70. Geschäftsjahr über eine Steigerung der Umsatzziffern um rund 34 v. H. Entsprechend haben sich auch die Einlagen sowie die Zahl der Kunden gesteigert. Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahre von 3 235 578 ℳ auf 3 747 908 ℳ. Der mit 630 991 ℳ ausgewiesene Bestand an Wechseln und Steuergutscheinen ist im Vergleich zum Vorjahr um rund 40 000 Mark niedriger, während die Guthaben bei Banken in Höhe von 176 962 ℳ um rund 78 000 ℳ höher sind. Durch Zukauf von Reichsanleihen und Hypothekenbank-Goldpfandbriefen sowie durch Aufnahme von Zinsvergütungsscheinen hat sich der Wertpapierbestand von 131 704 ℳ auf 221 889 ℳ erhöht. Im Kreditgeschäft konnte allen berechtigten Kreditwünschen entsprochen werden; die Ausleihungen betragen 2 153 710 ℳ gegen 1 908 965 ℳ i. V. Die Spareinlagen haben eine Zunahme erfahren und sind von 1 487 071 ℳ auf 1 722 956 ℳ angewachsen. Der im Berichtsjahre erzielte Ueberschuß stellt sich einschließlich Vortrag auf 32 297 ℳ, woraus 4 v. H. Dividende bezahlt werden und 9 297 ℳ auf neue Rechnung vorgetragen werden sollen.

Wechsel vom Aktien- zum Rentenmarkt

Geringe Glattstellungen durch die Kulisse / Kaufaufträge durch das Publikum

Rhein-Mainische Börse freundlich

Die große Friedensrede des Führers hinterließ an der Börse einen guten Eindruck. Zunächst entwickelte sich das Geschäft an allen Märkten sehr langsam, nach Feststellung der ersten Kurse wurde es aber etwas lebhafter. Seitens der Kulisse erfolgten anfangs noch einige Glattstellungen, die aber später durch einlaufende Kaufaufträge aus der Kundschaft meist aufgenommen wurden. Die gestrigen Ausführungen Dr. Schachts verursachten an den Aktienmärkten etwas Zurückhaltung und man beobachtete teilweise eine gewisse Abkehr zu den Rentenmärkten. Hier eröffnete die Altbesitzanleihe mit 116¾ (115¾), späte Reichsschuldbuchforderungen mit 96⅞ (96⅞) und Zinsvergütungsscheine mit 90,30 (90,25). Größere Umsätze lagen diesen Kursen aber nicht zugrunde. Am Aktienmarkt war die Kursentwicklung zunächst uneinheitlich, ohne daß aber größere Abweichungen eintraten. Lediglich Reichsbankanteile blieben weiter gesucht und zogen auf 165¾ (165), dann auf 166¾ an. IG Farben lagen anfangs ¼ v. H. leichter, um später wieder auf 147⅝—147½ anzusteigen.

In der zweiten Börsenstunde war das Geschäft wieder recht klein. Die Grundtendenz blieb aber fest und überwiegend wurden die ersten Kurse bis zu ½ v. H. überschritten, darüber hinaus Mannesmann plus 1¼ v. H., Klöckner plus 1 v. H., Harpener ebenfalls auf 105¾ (104¾) erholt. IG Farben zogen auf 148, Reichsbank auf 167, RWE auf 128 an. Schwächer lagen aber Zellstoffwerte: Aschaffenburger 86⅞ (86⅜), Waldhof 117 (117¾), sowie Daimler 90⅞ (91⅛). Am Rentenmarkt erfuhren die Kurse keine Veränderung. Niedriger lagen [illegible], Stahlverein mit 101⅝ (101⅞), dagegen blieben andere Industrie-Obligationen gut behauptet. Gold- und Liquidationspfandbriefe waren teilweise etwas erhöht, während Stadtanleihen zumeist etwas nachließen. Von Auslandsrenten waren Ungarn ¼ v. H. höher, Rumänen dagegen weiter leicht abbröckelnd. Ferner gingen Schweizer Bundesbahn etwas zurück. Tagesgeld war zu 2¾ v. H. leicht.

Berlin: Aktien uneinheitlich, Renten freundlicher

Die Börse stand heute naturgemäß ganz unter dem Eindruck der gestrigen Führerrede, die ebenso wie die bereits vorliegenden Auslandsstimmen dazu, sowie die Verabschiedung des Wehrpflichtgesetzes das Hauptgesprächsthema bildeten. Das Geschäft selbst bewegte sich in ziemlich engen Grenzen. Am Aktienmarkt war zunächst eher etwas Abgabeneigung zu beobachten, wie sich denn auch nach den gestrigen Ausführungen Dr. Schachts in der GV. der Golddiskontbank ein gewisser Tendenzwechsel vom Aktien- zum Rentenmarkt durchzusetzen scheint. Ferner verstimmte die schon gestern bekannt gewordene Dividendenlosigkeit bei Harpener; das Papier selbst gab bei weiter vorliegendem Angebot nochmals um 1,75 auf 104,75 nach. Auch sonst sah man bei den Montanen eher schwächere Kurse. Rheinstahl verloren ¾, Stolberger Zink 1,5 v. H. Lebhaftere Nachfrage machte sich nur für Mannesmann bemerkbar, da man aus der heutigen GV. der Gesellschaft günstige Ausführungen über den Geschäftsverlauf erwartet. Braunkohlenaktien lagen uneinheitlich. Eintracht und Rhein. Braunkohlen waren um 1 bzw. 1,25 v. H. schwächer. Niederlausitzer gewannen 1 v. H., Leopoldsgrube ¾ v. H. Im Gegensatz zur Allgemeintendenz lagen Kaliaktien fest, wobei Salzdetfurth mit einem Kursgewinn von 4,5 v. H. die Führung hatten. Von den übrigen Märkten sind als nennenswert verändert nur hervorzuheben Bremer Wolle minus 2, Rhh. Zellstoff mit minus 1,25, Wasserwerke Gelsenkirchen mit minus 2 v. H. Dagegen Dessauer Gas u. Schultheiß mit je plus 1,25 v. H. Lebhafte Nachfrage trat nach Feststellung der ersten Kurse für die Aktien von Hapag und Lloyd ein. Gesucht wurden auch Reichsbankanteile, die um 2,5 v. H. auf 166,25 v. H. anzogen.

Im weiteren Verlauf trat für Aktien wieder lebhaftere Nachfrage auf, die an einzelnen Märkten kräftige Befestigungen zur Folge hatte. So gewannen Aschaffenburger und Ilse Genuß-Scheine gegen den Anfang je 1,5 v. H. Von Montanen konnten sich Harpener befestigen. Mannesmann zogen um ¾ v. H., im gleichen Ausmaß auch Stahlverein, an. Sonst sind noch zu erwähnen: Berliner Maschinen mit plus 1,5 v. H. und Chemische von Heyden mit plus 1⅛ v. H. Am Rentenmarkt war erstmals wieder etwas Kaufneigung der Bankenkundschaft zu beobachten. Pfandbrief- und Kommunalobligationen waren um ¼ bis ½ v. H. befestigt. Auch Stadtanleihen kamen durchweg etwas höher zur Notiz. Länderanleihen wiesen kaum nennenswerte Veränderungen auf. Reichsbahnschätze wurden mit 100⅜ nach 100,40 notiert.

Am Kassa-Industriemarkt kamen Leipziger Landkraft gegen letzte Notiz 4,5, Markt- und Kühlhallen 2,75 und Zeitzig 3 v. H. höher an. Hypothekenbanken verloren teilweise ½ v. H., stärker gedrückt waren Westboden mit — 2,25 v. H.

Von Steuergutscheinen wurde die Fälligkeit 1935 7 Pfg. höher bewertet.

Reichsschuldbuchforderungen. Ausgabe 1: 1936er 101,25 G; 1937er 102,87 G 103,12 B; 1938er 99,5 G; 1939er 98,87 G; 1940er 98,62 G 99,37 B; 1941er 97,25 G 98 B; 1942er 96,87 G; 1943er 96,75 G; 1944er bis 1948er je 96,62 G 97,37 B. Ausgabe 2: 1936er 96,25 G; 1941er 97,12 G 97,87 B; 1942er 96,5 G; 1943er 96,5 G 97,25 B; 1944er 96,87 G 97,25 B; 1945er bis 1948er per 96,37 G 97,12 B.

Wiederaufbauanleihe: 1944—45er 69,12 B; 1946—48er 69,25 G 69 B.

Tagesgeld erforderte unverändert 3¼ bis 3¾. Nachfrage nach Anlagemitteln hielt weiter an, so daß heute eine neue Serie unverzinslicher Schatzanweisungen mit Fälligkeiten am 15. April 1937 zu 3¾ v. H. zum Verkauf gelangte. Auch in Sola-Wechseln, die zum Briefkurs des Privatdiskontsatzes abgegeben werden, entwickelte sich lebhafter Umsatz. Die Privatdiskontnotiz blieb unverändert 3 v. H.

Die Börse schloß zu den Tageshöchstkursen. Besonders fest lagen Mannesmann auf die Ausführungen in der Generalversammlung, der Kurs erhöhte sich von 82¾ bei Eröffnung auf 84. Nachbörslich wurden die Schlußkurse meist Geld genannt.

Berliner Devisen

Diskontsatz: Reichsbank 4, Lombard 5, Privat 3⅛ v. H.

Amtlich in Rm. für	Diskontsatz	Parität RM	21. Mai Geld	21. Mai Brief	22. Mai Geld	22. Mai Brief
Aegypten 1 ägypt. Pfd.	...	20,953	12,595	12,625	12,605	12,635
Argentinien 1 P.-Peso	2	1,672	0,658	0,662	0,658	0,662
Belgien 100 Belga	2	58,37	41,98	42,06	41,98	42,06
Brasilien 1 Milreis	...	0,502	0,154	0,156	0,154	0,156
Bulgarien 100 Lewa	6	3,033	3,047	3,053	3,047	3,053
Canada 1 kan. Dollar	...	4,198	2,487	2,491	2,486	2,490
Dänemark 100 Kronen	3	112,50	54,56	54,74	54,46	54,56
Danzig 100 Gulden	3	81,72	46,77	46,87	46,77	46,87
England 1 Pfund	2	20,429	12,265	12,295	12,195	12,225
Estland 100 estn. Kr.	5½	112,50	68,43	68,57	68,43	68,57
Finnland 100 finn. M.	5¼	10,57	5,385	5,405	5,380	5,390
Frankreich 100 Frcs.	3	16,44	16,375	16,405	16,365	16,405
Griechenland 100 Dr.	7½	5,45	2,354	2,358	2,353	2,357
Holland 100 Gulden	4½	168,739	168,20	168,54	168,18	168,52
Island 100 isl. Kr.	...	...	55,37	55,49	55,18	55,30
Italien 100 Lire	4	22,094	20,53	20,57	20,53	20,57
Japan 1 Yen	3,65	2,092	0,718	0,720	0,718	0,720
Jugoslawien 100 Dinar	7½	81,00	5,649	5,661	5,649	5,661
Lettland 100 Latts	...	...	80,92	81,08	80,92	81,08
Litauen 100 Litas	7	41,98	41,81	41,89	41,81	41,89
Norwegen 100 Kronen	3½	112,50	61,50	61,62	61,36	61,48
Oesterreich 100 Schill.	3½	59,07	48,95	49,05	48,95	49,05
Portugal 100 Escudo	6	453,57	11,11	11,13	11,070	11,090
Rumänien 100 Lei	6	2,511	2,488	2,492	2,488	2,492
Schweden 100 Kr.	3	112,50	63,09	63,21	62,99	63,11
Schweiz 100 Franken	2	81,00	80,32	80,48	80,32	80,48
Spanien 100 Peseten	6	81,00	33,94	34,00	33,92	33,98
Tschechoslowakei 100 Kr.	3½	12,403	10,360	10,380	10,360	10,380
Türkei 1 türk. Pfd.	...	18,459	1,969	1,973	1,969	1,973
Ungarn 100 Pengö	4½	73,421	...	...	...	...
Uruguay 1 Goldpeso	...	4,47	0,999	1,001	0,999	1,001
Ver. Staaten 1 Dollar	1½	4,198	2,489	2,493	2,487	2,491

Pfund etwas schwächer

Am Valutenmarkt war das englische Pfund, vermutlich auf Eingriffe des Währungsausgleichsfonds, etwas schwächer, und zwar stellte sich die Amsterdamer Notiz auf 7,26⅞ (7,27), die Züricher auf 15,18½ (15,22) und die Pariser auf 74,45 (74,60). Auch der Dollar neigte eher zur Schwäche, doch war die Kurseinbuße an den meisten Plätzen nur ganz unbedeutend. Gegen Zürich kam er sogar mit 3,09 = ¾ völlig unverändert an, in Amsterdam gab er auf 1,47 = [illegible] /16, in Paris auf 15,18¾ (15,19) nach. Pfunde-Kabel stellten sich auf 4,90 = ⅞ nach 4,91 = [illegible] /16. Die Goldvaluten wiesen eine gewisse Stetigkeit auf, der französische Franken insbesondere war leicht erholt, der Gulden dagegen eher etwas rückläufig. Reichsmark lag unverändert.

Am Valutenmarkt traten besondere Veränderungen in den Mittagsstunden nicht mehr ein.

Frankfurt

Deutsche festverzinsliche Werte — Dtsch. Staatsanleihen; Anleihen d. Kom.-Verb.; Stadtanleihen; Landes- und Provinzbanken, kom. Giroverb.; Pfandbriefe u. Schuldverschreibungen (Kreditanstalten der Länder); Landschaften; Goldhyp.-Pfandbriefe v. Hypothekenbanken; Schuldverschreibung; Industrie-Aktien; Bank-Aktien; Verkehrs-Aktien; Versicherungen

	21.	22.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Amtlich nicht notierte Werte

Umtauschobligationen

	fällig	22. Mai
4½% Berliner Städtische Elektr.-Werke Anl. von 1929	1950	95,25
5% Großkraft Mannheim u. Pfalzwerke	1941	98,75
4½% Rh.-Westf. Elektr. Anl. von 1927	1952	94,—
4½% do. 1928	1953	94,—
4½% do. 1930	1955	94,—
4½% [illegible]	1958	93,75
5% Ver. Stahlwerke (Rheinelbe Union)	1946	98,75
4½% do.	1951	93,62

Berlin

Deutsche festverzinsliche Werte — Anleihen; Landschaften; Stadtschaften; Hypothek. Bank-Werte; Pfandbriefe u. Schuld. öffentl. Kredit-Anstalt.; Industr.-Obligationen; Ausländ. festverzinsliche Werte; Aktien: Bank-Aktien; Verkehrs-Aktien; Industrie-Aktien; Versicherungs-Aktien; Kolonial-Werte

	21.	22.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

MARCHIVUM

Ruhiger Getreidemarkt

Am Getreidemarkt wurde die Erklärung der Reichsstelle für Getreide über den Handel mit Exportweizen lebhaft erörtert, das Geschäft ist daraufhin naturgemäß zum Stillstand gekommen. Auf den übrigen Marktgebieten waren nennenswerte Veränderungen nicht zu verzeichnen. Angesichts der ausreichenden Versorgungslage erfolgen nur wenig neue Abschlüsse. In Mühlenkreisen wird Weizen in der Hauptsache zur späteren Lieferung etwas beachtet, die Zufuhren sind keineswegs dringlich, zu Mühlenfestpreisen steht aber ausreichendes Angebot zur Verfügung. Roggen ist schwerer abzusetzen als Weizen und findet in der Hauptsache in Waggonware bei den Provinzmühlen Unterkunft. Weizen- und Roggenmehl werden aus früheren Kontrakten für den täglichen Bedarf abgerufen. Hafer- und Futtergerste mit niedrigem Hektolitergewicht bleibt knapp. In Brau- und Industriegersten zeigt sich nur wenig Unternehmungslust.

U. a. notierte märkischer Weizen 76—77 Kilo frei Berlin 212; alles übrige unverändert.

* **Magdeburger Zucker-Notierungen vom 22. Mai.** (Eig. Dr.) Unverändert. Tendenz schön. — Gemahl. Melis prompt per 10 Tage 32,50; Mai 32,15 — 32,25; Tendenz ruhig; Wetter schön.

* **Bremer Baumwolle vom 22. Mai.** (Eig. Dr.) Amerik. Universal Stand. Middl. (Schluß) loko 14,01.

* **Pforzheimer Schlachtviehmarkt vom 21. Mai.** (Eig. Dr.) Zufuhr: 7 Ochsen, 24 Bullen, 15 Kühe, 51 Färsen, 395 Kälber, 1 Ziege, 379 Schweine. Marktverlauf: Großvieh und Schweine schleppend, Kälber mäßig belebt. Ueberstand: 6 Stück Großvieh, 28 Schweine. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen a) 45, b) 40; Bullen a) 41—42, b) 38—40; Kühe a) 30—34, b) 20—31; Färsen a) 43—45, b) 40—42; Kälber a) 60—62, b) 54—58, c) 50—53; Schweine a2) 47—48, b) 46—49, c) 46—49, d) 45—48, g1) 43—45.

* **Berliner Metall-Notierungen vom 22. Mai.** (Eig. Dr.) Amtlich notierten in RM für je 100 Kilo: Elektrolytkupfer (wirebars) prompt 47; Standardkupfer loko 41,25 nom.; Originalhüttenweichblei 18 nom.; Standard-Blei per Mai 18 nom.; Originalhüttenrohzink ab nordd. Stationen 19,50 nominell; Remelted-Plattenzink 19,50 nominell; Originalhütten-Aluminium 98—99proz. in Blöcken 144; desgl. in Walz- oder Drahtbarren 148; Reinnickel 98—99proz. 270; Silber in Barren ca. 1000 fein per Kilo 61,50—64,50.

* **Hamburger Schmalz-Notierungen vom 22. Mai.** (Eig. Dr.) Schmalz (Tendenz ruhig) Amerik. Steamlard transl. 34,75 Dollar; American Purelards raff. per 4 Kisten mit je 25 Kilo netto verschied. Standardmarken, transl. ab Kai 35,75—36 Dollar.

Zweiter Tag des Internationalen Sparkassen-Kongresses

Die Dienstag-Vormittag-Sitzung des Internationalen Sparkassenkongresses galt der Zinspolitik der Sparkassen. Hierzu lag ein Generalbericht des französischen Delegierten Charles Krug vor, der zu einer lebhaften Aussprache führte. Hierbei kam zum Ausdruck, daß die Sparkassenzinsen möglichst lange vorher festgesetzt werden müßten und keine etwaigen Schwankungen hinzufinden dürften, daß man ferner bei Bemessung der Zinsen namentlich mit Rücksicht auf Wohnungsbauzwecke und andere soziale Einrichtungen von „Extravaganzen" absehen sollte, alles Gesichtspunkte, die in Deutschland schon längst beachtet werden. Die Aussprache führte zur Annahme einiger Entschließungen, die diesen Gesichtspunkten Rechnung tragen. Gewisse Meinungsverschiedenheiten bestanden über eine Entschließung, nach der der Kongreß sich zugunsten des Grundsatzes der Freiheit der Sparkassen aussprechen sollte, da diese besser als irgend jemand durchaus dazu befähigt seien, ihren Zinssatz zu bestimmen. Wenn in schweren Krisenzeiten nach Erschöpfung aller anderen zweckmäßigen Mittel das Eingreifen des Staates im Namen der Allgemeinheit unerläßlich erscheine, sei es wichtig, daß diese Eingriffe aufhören, sobald die Ursachen, die sie veranlaßt hätten, verschwunden seien.

Auf Antrag der deutschen Vertreter, die diese Formulierung als unvereinbar mit den für Deutschland geltenden autoritären Grundsätzen ansehen, wurde diese Entschließung zur nochmaligen Behandlung an den entsprechenden Ausschuß zurückverwiesen. Die Entschließung wird am Donnerstag erneut zur Beratung gestellt werden. Sollte dabei der in Deutschland geltenden Wirtschaftsauffassung nicht Rechnung getragen werden — besonders die italienischen und die französischen Delegierten sprechen sich für die völlige Freiheit in der Zinsgebarung der Sparkassen aus —, dann würden die deutschen Vertreter gegen diese Formulierung protestieren müssen. Eine andere Entschließung, wonach die erzielten Aktivzinsen vollkommen den Einlegern zugute kommen sollen, unter alleiniger Einbehaltung der Summen, die notwendig sind, 1. für den Sparkassenbetrieb, 2. zur Bildung eines Reservefonds, der Eigentum der Sparkassen bleiben soll, wurde ebenfalls an den Ausschuß zurückverwiesen, auf Antrag der italienischen Vertreter, die die besonders gelagerten italienischen Verhältnisse berücksichtigt wissen wollen.

---

* **Maschinenfabrik Eßlingen.** Bei der Gesellschaft ist der Umsatz im Geschäftsjahre 1934 von 11,4 auf 12,4 Mill. RM gestiegen. Es ergab sich ein Jahresgewinn von 654 875 Mark, von dem 332 021 RM für die Abwicklung des Verlustvortrages in Anspruch genommen werden. Der Gewinn in Höhe von 322 854 (i. V. 106 771) RM Gewinn, um den sich der Verlustvortrag von 438 791 auf 332 021 RM ermäßigte) soll wie folgt Verwendung finden: Zur Zuweisung an die gesetzliche Rücklage 100 000 RM, 3 v. H. Dividende = 192 000 RM und für Verzinsung und Tilgung der von der Gesellschaft ausgegebenen Genußrechte 18 105 RM. Der Rest von 12 750 RM soll auf neue Rechnung übernommen werden. Der Bruttogewinn wird mit (in Mill. RM) 7,83 (5,57) ausgewiesen, besondere Erträgnisse erbrachten 0,82 (0,4). Dagegen beanspruchten Löhne und Gehälter 5,1 (3,96), soziale Aufwendungen 0,55 (0,44), sonstige Aufwendungen 1,29 (0,94), Abschreibungen 0,62 (0,27), Zinsen 0,14 (0,12), Besitzsteuern 0,19 (0,15). Aus der Bilanz: Anlagevermögen 5,65 (6,05), Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe 1,18 (1,11), halbfertige Erzeugnisse 3,19 (1,86), Forderungen aus Lieferungen an Dritte 2,48 (1,77), do. aus Lieferungen an Konzerngesellschaften 0,19 (0,1), sonstige Forderungen 0,13 (0,1), Kasse 0,66 (0,68), Bankguthaben 0,27 (0,15), dagegen AK. unv., Obligationenanleihe von 1912 0,39 (0,42), Anzahlungen von Kunden 1,67 (0,6), Verbindlichkeiten für Warenlieferungen gegenüber Dritten 1,1 (0,67), do. gegenüber Konzerngesellschaften 0,29 (0,09), Bankschulden 2,02 (1,75), sonstige Gläubiger 0,49 (0,84). O. HV. 13. Juni.

* **Auto-Union AG., Chemnitz. — Nationale Automobil-Gesellschaft, Berlin.** Von den Verwaltungen der beiden Gesellschaften geht dem DHD folgende Mitteilung zu: In verschiedenen Tageszeitungen sind einander widersprechende Mitteilungen über eine angeblich erfolgte Interessennahme der Auto-Union AG an den Presto-Werken erschienen, denen die Verwaltungen beider Unternehmungen fernstanden. In der gestrigen AR-Sitzung der Auto-Union AG wurde beschlossen, die gesamten in Chemnitz gelegenen Anlagen der früheren Presto-Werke AG von der Nationalen Automobil-Gesellschaft AG, Berlin, käuflich zu erwerben. Die Verwaltung der NAG hat dem zugestimmt. Es handelt sich um ein Gelände von rund 100 000 Quadratmeter Fläche mit rd. 50 000 Quadratmeter nutzbaren Werkstätten und Büros. Das bisher auf diesem Fabrikgelände von der letzten Abteilung Presto-Werke der NAG betriebene Fahrradgeschäft soll in die Räume der früheren Vogt Elektrizitätswerke AG verlegt werden. Die Auto-Union AG beabsichtigt in den neu erworbenen Räumen noch im Laufe d. J. ihre Verwaltung zusammenzulegen, außerdem eine Reihe von Nebenbetrieben nach Chemnitz zu verlegen. Die weitere Ausnutzung des vorhandenen Geländes steht noch nicht endgültig fest. Die der Auto-Union AG aus der Uebernahme erwachsenden finanziellen Verpflichtungen werden aus verfügbaren eigenen Mitteln gedeckt.

* **Von der Frankfurter Börse.** Am Samstag vor Pfingsten, dem 8. Juni 1935, bleiben die Börsenräume für den Verkehr geschlossen. Die Abendbörse fällt am Mittwoch, den 29. Mai, Freitag, den 7. Juni und Dienstag, den 11. Juni 1935 aus.

Besuchen Sie zuerst - Vergleiche ziehend - alle Möbelgeschäfte in Mannheim und Umgebung. / Und dann erst besichtigen Sie unsere große Qualitäts-Möbel- **Ausstellung** Je schärfer Sie prüfen, desto eher gelangen Sie zu der Erkenntnis dessen, was wir leisten, und Ihr Entschluß, bei uns zu kaufen, wird unumstößlich sein. — **Lüngen & Batzdorf** Mannheim Qu 7, 29

Herzleiden [illegible] Tauzheim W [illegible]

Stellengesuche

15jähriger Junge sucht *1376 **Lehrstelle** gleich welcher Branche. Angebote unter C V 84 an die Geschäftsst.

Rheinländerin sucht Stelle zum Servieren, am liebsten Café od. Bierrestaurant, auch nach auswärts. Adresse in der Geschäftsstelle d. Bl. *1371

Als Filial-Leit. od. sonstig. Vertrauensposten sucht gewandtes **Fräulein** Stellung. Kaut. vorhand. Angeb. unt. G K 17 015 Anzeigenfranz, Agentur Henbach, Heidelberg. B49

Offene Stellen

Gut eingeführtes **Nähmaschinen-Geschäft** **sucht** zur Vervollständigung der Organisation für Mannheim und Umgebung noch

2-3 tücht. Agenten

aus dem Fach. Angebote unter H. A. 158 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Junge, ehrliche **Person** für II. Haushalt morgens *5004 gesucht. Adr. in der Geschäftsst. d. Bl.

Verkäufe

B112

Liebe Leser Wenn Sie gut u. billig bedient sein möchten, lesen Sie nicht nur unsere Inserate, sond. besuchen Sie uns einmal unverbindl. Das heißt gar nichts, im Gegenteil: wenn Sie unsere gut. Qualitäten prüfen u. vergleichen, damit die bill. Preise, so merken Sie erst, was Sie durch Ihren Einkauf bei uns sparen können. Für jed. Geschmack für jeden Geldbeutel bringen wir etwas, darum auf zu **Möbel-Klinger** billig immer S 2, 6 u. T 1, 8

Existenz Kolonialw.-Geschäft m. 3-Zim.-Wohnung, gute Lage, sehr bill. zu verkauf. Erforderl. 500 RM. Angeb. u. C Y 87 an d. Geschäftsstelle. *1396

Fabrikneue **Fahrräder** erhalten Sie schon von **33.75** an, mehrere hundert Fahrräder stehen zur Auswahl. Bequeme Teilzahlung. Alte Räder werden in Zahlung genommen. **Doppler J 2, 8**

Gebrauchte Fahrräder und neue sehr billig und gut **Breitestraße** J 1, 7. MÖHNEN

Teppiche BRYM B 1, 2

Verkaufbare **Nähmaschine** und **Schrank-Nähmaschine** wenig gebraucht, bill. zu verkauf. Nähm.-Vertrieb **L. Michel**, Mannh. F 4, 5.

Ganz wenig gebr. **Klavier** Kleinig, Bauart... [illegible] Speisenstr. 17, Seitenb., Schreib *1397

SCHREIB-Maschinen BÜRO Bedarf Möbel nur von JOS. ARZT N 3, 7 Ruf 22435

Fahrräder billig und gut findest Du bei **Martin** Waldhofstr. 7

Radio Batterie-Gerät, noch neu, mit Lautsprecher, sof. zu verkaufen. Zu erfr. in der Geschst. *1370

Speisezimmer schwer massiv Eiche, Büfett, Kredenz, 4 Ausz.-Tisch; ferner 2 fast neue **Roßhaar-Matr.** bill. zu verkauf. Anzus. v. 10 bis 5 Uhr. *1378 Sch.-Lanz-Str. 32 3 Treppe, links.

Sofort wegen Wegzugs: Neues komplett. **Wohnzimmer** 14 Stücke, Schreibt., 1 Tisch zu verkauf. Anzusehen 3—6 Uhr. Adr. in der Geschäftsst. *1379

Teppich 3 × 4, billig zu verkauf. *1381 B 5, 14, 3. Stock.

Herren- und Damenrad zu verk. Sauber, L 2, 8 (Hof). *1391

1—2 Auflage **Matratzen** neu, an Privat preisw. zu verk. Tattersallstr. 6, II *1384

Küchenherd Moeder, 80/55 **Feldschmiede** gut erh., bill. zu verkf. Dachstein, Heidelbstraße 8. *1399

Schreibmaschine (m. 420 RM) bill. verk., m. Tisch u. Stuhl f. 180 RM zu verkf. *1380 B 5, 14, 3. Stck.

Kühlschrank Glaskristall 50 × 75 × 100 cm billig zu verkaufen. *1400 Binder, L 4, 10, V

Jmmobilien

Einfamilien-Haus m. 4—5 Zimmern in der Umgebg. Mannheims zu mieten oder zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preis unter H H 165 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. *1373

Einfam.-Haus in Neuostheim, Ende Mai bezugsfertig: 7 Zim., Küche, 2 Terrass., Garten, Wohnh. Keller, Garage, Warmwasserheiz. u. -Versorgung, günst. zu verkauf. Preis inkl. Gelände RM 21 900.— Anzahlg. 8—10 Mille. B067 Näheres durch: **Gebrüder Mack** o.H.G., Bankgeschäft f. Hypotheken und Grundbesitz, Mannheim, Friedrichspl. 3, Telefon 421 74.

Automarkt

Hanomag General-Vertretung Ersatzteil-Lager Altesta, bedeutender Reparaturwerkstätte a. Platze **Fritz Held** Mannheim J 7, 24-25 Telephon 313 47 B142

Tempo-Wagen Aremi-Antrieb, neuer u. führerscheinfrei, neues Mod., umständehalber billig zu verkaufen. - Angebote unt. H M Nr. 198 an die Geschst. B059

Inserieren bringt Gewinn!

Unterhaltener *1372 **Personenwagen** gegen Barzahlung zu kaufen gesucht. Bevorzugt Adler-Trumpf-Junior od. Opel 1,3 Ltr. Ausführl. Angebot. C T 83 an die Geschäftsstelle.

Kaufgesuche

Gebr. Geräteschränke u. Geräteböcke zu kaufen oder zu leih. gesucht. Angeb. u. B Y 62 an die Geschst. B580

Gebr. Amboß zu kauf. gesucht. Angeb. u. C R 80 an d. Geschäftsstelle. *1397

Schrank u. Waschkommode gebr., z. kf. gesucht. Angeb. u. C Q 79 a. d. Geschst. B086

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Mietgesuche

Lagerhalle 1—2000 qm, mit Gleisanschluß, mögl. a. Wasseranschl., zum 1. 7. gesucht. Angebote unter C U 83 an die Geschäftsst. d. Bl. *1373

Gut möbl. Zimmer m. 2 Betten, ev. Wohn- u. Schlafzimmer, m. Badben., sof. zu miet. gesucht. Nur gute Lage. Angeb. unt. C W 85 an die Geschäftsst. *1382

Ehepaar sucht **3 Zim. u. Küche** mit Bad. — Angebote u. C S 81 an die Geschst. *1389

Akademiker sucht **gut möbliertes Zimmer** zu mieten. Angebote unt. H L Nr. 108 an die Geschst. B057

Vermietungen

4-Zimmer-Wohnung L-Quadrate komplett, neu hergerichtet, zum 1. Juli zu vermieten durch B48 **Josef Hornung**, Immobiliengeschäft, L 7, 6, Fernspr. 213 97.

Schöner *1398 **Laden** mit Nebenraum, auch als Ausstellungsraum i. zentraler Lage bill. zu vermiet. Näheres bei Haas, N 2, 14, 1 Treppe hoch.

BÜRO mit Wohnung (Augusta-Anlg.), Zentralheizg. u. Aufzug — neu hergerichtet, per sofort od. später zu vermieten. Angebote unt. G F 199 an die Geschäftsstelle d. Blattes. B001

Schöne, geräum. **gr. 5-Zim.-Wohn.** 2 Tr., Et.-Warmwasserhz. u. Zub. zu verm. (Neubau.) Zu erfr.: Büro Gehrer, Moltkestr. 2 (Ecke Aug.-Anlage), Tel. 425 91, Neckarstadt. B061

Sonn. 4-Zimm.-Wohng., Küche, Badezimm. zu 7. RM 90,— zu besicht. 4—6 Uhr. Näh. bei B059 Söckel, L 4, 4. 1 Treppe.

4-Zimmer-Wohnung sofort zu vermieten. Beim Vollmerring. Anzusehn: *1385 Jungbuschstr. 3, im Laden.

1 Zimm., Küche neu herger., sof. zu verm. Anschl. Wasser, RM 38.— Stahl, Rupprecht-Str. 12. *1394

Sonnige *1388 **3-Zim.-Wohng.** mit Bad usw., Böcklinplatz 4, 1 Tr., sofort od. 1. 7. zu vermiet. Miete 70 RM. Näh. Tel. 408 29.

3-Zim. Wohnung Bad, Speisekam., evtl. m. Garage, in gut. Wohnl. (auch Vorortsen) bezieh. bevorz.) L 7, ob. St. gef. Angeb. u. C O 77 an die Geschst. *1368

Lest die NMZ

Schöne *1386 2-Zimm.-Wohng. mit Zubehör, 1. Stock, per sof. zu verm. Speyerer Str. 17, Schroth.

Gut möbl. Zim. sof. zu vermiet. Rollinger, Qu 4, 15, 2 Tr. *1391

Separ. möbliert. **Mansarden-Zimmer** möbl. 5 RM sof. zu verm. M 3, 7. B040

Heiraten

Witwe, 50 J. a., wünscht Bekanntschaft mit gleichaltrigem Herrn, Beamter bevorz., zwecks **Heirat** Briefe unter R. G., Postamt Seckenheim.

Beamtentochter, Ende 30, kathol., wünscht auf diesem Wege mit kath. Herrn in sicherer Stellung zwecks **Heirat** in Verbindung zu treten. Zuschr. u. Wohn. erbeten unter H C Nr. 50 an die Geschst. *1340

Beteiligungen

Für Kaffeegeschäft tätiger **Teilhaber** mit 2000 RM. gesucht. Leichte Beschäftigung (Kasse u. Werbung), gesichert i. abgebaut. Beamten, Rentner usw. Näheres durch *1380 W. Schmitt, F 4, 1.

Vermischtes

Meine neue Kaffeesorte **Kolonial Mischung** und **Ostafrika-Kaffee** Kaffee kräftigen Aroma! ¼ Pfd **60 Pfg.** **STEMMER O 2, 10**

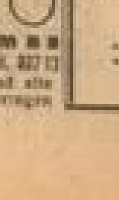
Ob *Kühlschrank* ob *Staubsauger* immer zuerst zum Lichtmann gehen — er hat *Kühlschränke* in allen Größen und *Staubsauger* die wirklich saugen! Der Lichtmann *Albert Kübler* in der Seckenheimer Str. 33

Ufomax *Tausendfach-stempel bewähren sich in jedem Betrieb Verlang. Sie Vertreterbesuch* Auslieferungslager **E. Afflerbach** Mannheim Postfach 37

Bienenhonig [illegible] Honig-Reinmuth E 3, 12

Wer leistet **Hosen** (Heimarbeit) für Maßschneiderei? Ang. mit Preis-angeb. u. H N 170 an die Geschst.

Bei **Maler- und Tüncherarbeiten** Ruf 524 83 Unverb. Kostenvoranschlag **Kaltenbach & Eigenmann** Waldhofstraße 127



Bei **Fußschmerzen** zu **C. Thomas** S 6, 16 - Tel. 327 13 Einlagen und alle Schuhe maßgerecht

Beratung u. Heilung bei seelischen Leiden (auch Stottern) **Dr. Worms** Mannheim, Pr.-Wilhelmstraße 8, Ruf: 43833

Amtl. Bekanntmachungen

Oeffentliche Zahlungserinnerung. Monat Mai 1935.

6. 5. Lohnsteuer für 16. — 31. 4. bzw. 1. 4. — 31. 4. 1935.
10. 5. a) Umsatzsteuer für April 1935.
b) Tilgungsrate für Ehestandsdarlehen.
15. 5. Vermögensteuer erste Rate Rechnungsjahr 1935.
20. 5. Lohnsteuer für 1. — 15. 5. 35, soweit die einbehaltene Lohnsteuer für sämtliche Arbeitnehmer den Betrag von insgesamt 200 RM übersteigt.

Ferner Zahlungen infolge besonderer Fristfestsetzungen.

Nicht rechtzeitige Zahlung hat Aufnahme in die öffentlich aufzulegende **Liste der säumigen Steuerzahler** sowie Zahlungssäumniszuschläge in Höhe von 2 v. H. des fälligen Steuerbetrages zur Folge. Außerdem wird der Betrag durch Postnachnahme oder Beitreibung auf Kosten des Pflichtigen eingezogen.

Finanzamt Mannheim-Stadt und Mannheim-Neckarstadt, Weinheim und Schwetzingen.

Aktiengesellschaft für Seilindustrie vormals Ferdinand Wolff

Unsere diesjährige **ordentliche Generalversammlung** findet am **Samstag, den 29. Juni 1935, mittags 12 Uhr,** im Verwaltungsgebäude unserer Gesellschaft in Mannheim-Neckarau statt.

Tagesordnung:
1. Vorlage des Geschäftsberichtes, der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1934;
2. Beschlußfassung über die Genehmigung der Jahresbilanz u. der Gewinn- u. Verlustrechnung;
3. Beschlußfassung über Verwendung des Reingewinns;
4. Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates;
5. Ermächtigung des Stimmrechtes der Vorzugsaktien. Entsprechende Aenderung des § 4 der Satzungen. Neben dem Beschluß der Generalversammlung bedarf es eines in gesonderter Abstimmung gefaßten Beschlusses der Vorzugsaktionäre.
6. Wahl des Bilanzprüfers.

Nach § 7 Abs. 3 der Statuten ist die Ausübung des Stimmrechtes in der Generalversammlung am 29. Juni 1935 davon abhängig, daß die Aktien spätestens am 25. Juni 1935 bei der Gesellschaft, oder bei einem Notar, oder bei einer Effektengirobank, oder bei folgenden Stellen hinterlegt werden:

Deutsche Bank u. Disconto-Gesellschaft, Filiale Mannheim, Mannheim;
Deutsche Bank u. Disconto-Gesellschaft, Filiale Frankfurt a. M., Frankfurt a. Main.

Mannheim-Neckarau, 21. Mai 1935.

Der Vorstand:
Kirchert. Schwebach.
Hans Benk-Wolff.

Inserieren bringt Gewinn!

Unsere liebe Mutter, Groß- und Urgroßmutter, Frau

Elisabeth Diehl
Witwe des Herrn Oberreallehrer Ph. Diehl

ist im Alter von nahezu 83 Jahren heute nacht 1 Uhr heimgegangen.

Mannheim, den 22. Mai 1935.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Hermann Diehl
Familie Wilhelm Diehl
Familie Erhard Diehl

Die Beerdigung findet am Freitag nachm. 2 Uhr von der hiesigen Leichenhalle aus statt.

Maß-Anzüge Sportkleidung Damenkostüme billigst **STOFFE** zum verarbeiten werden angenommen. **Garantie: Guter Sitz Spies & Merl** Herren- und Damen-Schneiderei **E 2, 16** Planken

Lutz Schmitt
Maja Schmitt
geb. Kunkel
Vermählte

Mannheim (F 1, 2), den 23. Mai 1935

Marken-Piano zu vermieten. Angeb. u. B U 48 an die Gesch. *1314

Friedrich Holl K 1, 15 gegr. 1875 Tel. 237 23 Spezialgeschäft für: Kachelofen-Mehrzimmer-Heizung, Emaille- und Eisenöfen, Küchenherde. Reparaturen für alle Systeme — Wand- und Bodenbeläge

Wein - Fuderabfüllungen -
100 Jahre weinbautreibende Familie im Produktionsgebiet, welche auch teilweise an den Großhandel verkauft, hat sich entschlossen, mehrere Fuder **erstklassiger** Ahrrot-, Mosel- und Rheinweine (auch 34er) auf Flaschen zu füllen und diese zu günstigen Preisen direkt an Verbraucher zur Verteilung zu bringen. Wer nimmt einen Anteil schon von 30 Fl. ab, oder kleines Faß? Man verlange noch heute Sonderangebot.
P. Brogsitter, Weinbergbesitzer, Weinkellerei **Ahrweiler** (Rheinland)

KLEINE ANZEIGEN
Stellen-Angebote und -Gesuche, Häuser-An- und Verkäufe, Vermietungen und Mietgesuche, Kaufgesuche, Verkaufs-Anzeigen, überhaupt alle Gelegenheits-Anzeigen
finden durch die
Neue Mannheimer Zeitung
große Verbreitung